

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Nummer Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verlagsnummer Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hauptstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pf. — Postgebührenliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 84

Dienstag, den 10. April 1906.

13. Jahrg.

Wozu eine Verfassung.

Zur Geschichte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Deutschland.

II.

Am 26. Mai 1849 wurde zwischen Preußen, Hannover und Sachsen ein Bündnis („Dre Königsbündnis“) geschlossen, das den Plan verfolgte, die sämtlichen Staaten Deutschlands, außer Oesterreich, zu einem Bundesstaatswesen zu vereinigen und dieses dann wieder mit Oesterreich dem Auslande gegenüber zu einer völkerrechtlichen Einheit zu verbinden. Nach dem von den drei Regierungen ausgearbeiteten Verfassungsentwurf sollte an der Spitze des Reiches ein Kaiser, ein Fürstentkollegium stehen; weiter sollte ein Reichstag, bestehend aus Oberhaus und Volkshaus, geschaffen werden. Aus dem Reichsgesetz vom 12. April 1849 wurde übernommen, daß das Wahlrecht allgemein sein und kein Bezug zu Grunde gelegt werden solle. Dagegen wurde als Vorbedingung der Wahlberechtigung die „Selbständigkeit“ gefordert und diese dahin erklärt, daß als „selbständig“ nur derjenige zu erachten sei, „welcher berechtigt ist, an den Gemeindevahlen seines Wohnortes teilzunehmen und irgend eine direkte Staatssteuer bezahlt“. Ferner wurde — analog dem Wahlverfahren zum preussischen Abgeordnetenhaus — bestimmt:

„Die Wahl ist eine indirekte. Die Urwähler wählen die Wahlmänner und diese die Abgeordneten.“

Wähler darf nur sein, wer einen dreijährigen festen Wohnsitz und Wahlberechtigung im Wahlkreise besitzt. Die Urwähler werden nach ihrer Steuerleistung in drei Abteilungen geteilt und wählt jede Abteilung ein Drittel der Urwähler.

Die Wahlen erfolgen durch offene Stimmabgabe zu Protokoll.“

Die Wahlperiode sollte vier Jahre, statt drei beim Reichsgesetz, betragen. Damit war von dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, das die deutsche Nationalversammlung konstruiert hatte, nichts übrig geblieben. In der am Entwurfe beigefügten Denkschrift ist gesagt, „nur durch weise Abwägung und Verteilung der politischen Rechte im Volk“ sei die Erhaltung einer dem Volke und den Interessen des Volkes entsprechenden staatlichen Ordnung möglich. Deshalb müsse „das Destruktive und absolut Schädliche des in Frankfurt beschlossenen Wahlgesetzes“ ausgeschieden werden; man dürfe nicht, wie es jenes Gesetz tue, „das gesamte Gewicht der Ausübung der höchsten politischen Macht der Nation, aus dem Kern derselben heraus lediglich in die Massen legen und die öffentliche Wahlhandlung durch die Einführung heimlicher Abstimmung mittels der Stimmzettel ohne Unterschrift zu einem breiten Felde der politischen Intrigue (!) machen“. Das Frankfurter Parlament hatte im Gegenteile mit Recht in der öffentlichen Stimmabgabe das Feld für die denkbar unerhöhteste politische Intrigue gesehen, das Mittel, wirtschaftlich und sozial abhängige Wähler zu verewaltigen, die Freiheit der Wahl illusorisch zu machen.

Dieser Wahlgesetzentwurf und seine Begründung fand die Zustimmung einer Versammlung von vorwiegend real-konkreten Mitgliedern des ehemaligen Frankfurter Parlaments, das am 26. Juni 1849 in Göttingen zusammentrat. Die meisten Kleinstaaten schlossen sich dem Dreikönigsbündnis an. Hannover jedoch trat aus demselben aus, als nach dem vorerwähnten Wahlgesetz die Wahlen zum Volksause ausgeschieden wurden. Die gewählten Abgeordneten der Bündnisstaaten traten dann am 20. März 1850 zu Erfurt als „Parlament der deutschen Union“ zusammen und nahmen den vorerwähnten Verfassungsentwurf an. Aber die „Bundesreformfrage“ wurde damit nicht gelöst. Bald hörte man vom Esfurter Parlament nichts mehr; die Verhandlungen schlossen ein. Eine formelle Auflösung hat dieses Parlament nicht erfahren.

Der Begriff der „Bundesreformfrage“ war in der Hauptsache nichts anderes, als der Streit zwischen Preußen und Oesterreich über die Vormacht in Deutschland. Dieser Streit erfuhr eine erhebliche Verschärfung, als Oesterreich im Juli 1863 mit dem Vorschlage hervortrat, die Vertretung des deutschen Volkes so zu gestalten:

„Die Versammlung der Bundesabgeordneten besteht aus 300 Mitgliedern, die nur alle drei Jahre zusammenzutreten. Gewählt werden diese Abgeordneten von den Vertretungsoberpersonen der Einzelstaaten; beim Vorhandensein von zwei Kammern wählt die erste Kammer ein Drittel.“

Gegen diesen Vorschlag erließ Preußen am 22. September 1863 eine scharfe Erklärung, die bewirkte, daß auch die übrigen deutschen Staaten ihn ablehnten. Seine Erklärung

machte geltend: um die Gefahr des Partikularismus zu vermeiden, müsse eine Nationalversammlung gebildet werden, die aus der direkten Beteiligung der ganzen Nation an der Wahl hervorgehe.

So wurde die Wahlrechtsfrage zum Kampfmittel in der „Bundesreformfrage“, d. h. der Rivalitätsfrage zwischen Preußen und Oesterreich. Der schleswig-holsteinische Krieg bewirkte eine weitere Verschärfung des Streits, der dann im Jahre 1866 im „Bruderkrige“ seine blutige Entscheidung fand. Kurz bevor der Krieg ausbrach, am 9. April 1866, unterbreitete der preussische Gesandte dem Bundesrat einen neuen Vorschlag zur Bundesreform, der in ganz Europa Ueberraschung und Bewunderung erregte. Derselbe preussische Regierung, die für ihre Staatsgebilde im Verlaufe der Kontrerevolution das elende Dreiklassenwahlrecht eingeführt und das Esfurter Unions-Parlament veranlaßt hatte, diesem Beispiele zu folgen — sie trug nunmehr aus reinen politischen Zweckmäßigkeitsgründen, um die Sympathie des Volkes für sich gegen Oesterreich zu gewinnen, kein Bedenken, das von ihr vorher als „die schlimmste Gefahr für Staat und Gesellschaft“ verunglimpft allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als das geeignetste für das künftige deutsche Parlament zu proklamieren! Wörtlich heißt es in ihrem Vorschlage, in betreff der Bildung einer Volksvertretung hatte sie daran fest:

„Daß für eine Versammlung, berufen, um insbesondere das Interesse der Gesamtheit und das einheitliche Prinzip als solches zur Geltung zu bringen, der Grundsatz der direkten Volkswahl im Gegensatz zur Delegation der Einzelkammern allein annehmbar erscheint. Das allgemeine Stimmrecht aber muß für diesen Zweck und bei der Notwendigkeit, die verschiedensten partikularen Verhältnisse einem Maßstab dienlich zu machen, als das allein mögliche bezeichnet werden. Die königliche Regierung nimmt um so weniger Anstand, diese Form der Wahl in Vorschlag zu bringen, als sie dieselbe für das konservative Prinzip förderlicher erachtet, als irgend einen anderen auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus.“

Der Bundesrat überwies den preussischen Vorschlag einem Ausschuß von neun Mitgliedern. In dessen Sitzung am 15. Mai 1866 erklärte der preussische Regierungvertreter, daß Preußen die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom Jahre 1849 für sich anerkenne und wünsche, daß in diesem Sinne sofort ein Wahlgesetz ad hoc vereinbart werde! In dem Reichswahlgesetz bestimmte, wie wir in unserem ersten Artikel erwähnt haben, daß wahlberechtigt und wählbar zum Volksause jeder fünfundzwanzig Jahre alte Deutsche und daß die Wahl direkt und geheim mittels Stimmzettel vorzunehmen sei.

Die preussischen Anträge erfuhren energische Unterstützung durch die Propaganda des Nationalvereins und durch den am 20. Mai 1866 in Frankfurt zusammengetretenen Abgeordnetenrat. Unter der Begründung, daß die neuer Kommission des Bundesrates „doch nichts vor sich bringen werde“, erließ Preußen am 7. Juni eine Ritzlardepesche, in der es seinen Austritt aus dem Bunde erklärte und die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung den Bundesmitgliedern „außerhalb des Bundesrates“ darlegt, in deren Artikel IV es heißt: „Die Nationalvertretung geht aus direkten Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmen sind.“

Wierzehn Tage später war bereits die kriegerische Entscheidung im Gange, die Preußen den Sieg brachte, der zum Abschluß des Bündnisvertrages aller Regierungen Norddeutschlands — mit Ausnahme von beiden Hessen, Hannover und Sachsen — vom 18. August führte, dem als hier norddeutscher Staat am 21. Oktober 1866 Sachsen sich anschloß. Damit war Norddeutschland als Bündnisstaat vollendet. Der Art. II dieses Vertrages betragt, daß die Zwecke des Bündnisses endgültig durch eine Bundesverfassung „auf der Basis der preussischen Grundzüge vom 10. Juni 1866 unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlaments“ sicher gestellt werden sollen. Im Artikel V heißt es: „Die verbündeten Regierungen werden gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anordnen.“

Jenes der „revolutionären Zwecklosigkeit“ entprungene Reichswahlgesetz hatte die preussische Regierung, gemäß den Bestimmungen des Bündnisvertrages, schon vor dessen definitivem formellen Abschluß mit unwesentlichen Abänderungen dem Landtage als „Entwurf für das Wahlgesetz zum Reichstage des Norddeutschen Bundes“ vorgelegt, um, wie der Minister Graf Sulemburg in der Sitzung vom 13. August 1866 sagte, „für die

Wahl in Preußen eine gleichmäßige Grundlage zu gewinnen... davon ausgehend, daß das Parlament aus Mitgliedern besteht, welche aus allgemeinen, direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen.“

Die zur Vorbereitung des Entwurfes eingesetzte Kommission des Abgeordnetenhauses erfüllte ihre Aufgabe sehr rasch. Sie beantragte die unveränderte Annahme des Entwurfes unter der Voraussetzung, daß damit „Prinzipien des Wahlrechts keineswegs ein für allemal erledigt werden sollen“; das Wahlgesetz sei „nur für eine einmalige konstituierende Versammlung zu erlassen“. Die definitive Lösung der Wahlrechtsfrage sollte „späterer Sorge“ überlassen bleiben. Im Plenum jedoch kam es zu einem scharfen Meinungsaustrausch. Konservativer Wortführer widersprach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Der Abgeordnete v. Gerlach behauptete, einem Manne, der eine Quadratrute Grundbesitz hat, wohne „ein größeres politisches Gewicht“ bei, als demjenigen, der nur eine Quadratrute oder gar keinen Grundbesitz hat. Der Reichstagsrat Abgeordnete v. Twetten meinte, das allgemeine, direkte Wahlrecht „wäre dazu beitragen, den Parlamentarismus zu ruinieren“; es sei dann „ein Ueberhandnehmen des Dilettantismus“ und der Charlatanerie in der Politik zu befürchten. Vom fortschrittlichen Abgeordneten Löwe-Catze wurde geltend gemacht: „Auf dem Schlauchselbe seine Stelle einzunehmen, da ist niemand zu schlecht und niemand zu gut; die allgemeine Wehrpflicht wird immer ein Argument für das allgemeine Wahlrecht sein.“

Auch das Herrenhaus nahm „aus höheren staatlichen Rücksichten“ den Entwurf an, legte jedoch seine „schweren Bedenken“ in einer Resolution nieder, die eine Aufforderung an die Staatsregierung enthielt, bei Bereinarbeitung der Verfassung für den Norddeutschen Bund die Schädlichkeiten, welche die Anwendung des allgemeinen, gleichen Stimmrechts zeitigen würden, „durch eine anderweitige Zusammenführung der Bundesvertretung zu beseitigen“ und dabei in Betracht zu ziehen, die Hälfte der Abgeordneten durch die Höchstebesteuerten der Wahlkreise wählen zu lassen.

Am 27. Februar 1867 trat der konstituierende Reichstag zusammen. Die Regierung verfügte über eine erdrückende Majorität, von der gesagt wurde, daß sie „unter dem patriotischen Aufschwung der Volkstimmung“ zu stande gekommen. Entgegen den dringenden Warnungen vor dem neuen Wahlrecht hielt der leitende Staatsmann Bismarck an demselben fest. Der Historiker Sybel sagt in seinem Werke „Die Begründung des Deutschen Reiches“: „Was das allgemeine, gleiche Wahlrecht betraf, so zeigte sich die eigentümliche Erscheinung, daß die Mehrzahl der Redner es für sehr bedenklich, ja gefährlich, in seinen Folgen unberechenbar erklärten; bei den Posener Wahlen hatten sie die blinde Abhängigkeit der katholischen Proletarier von ihrem Klerus gesehen; seit 1848 hatten sie sich die sozialistische Agitation gegen Kapital und Eigentum (!) energisch gemeldet; genug, es war ihnen durchaus keine Freude, die bittere Pille zu schlucken. Aber sie schluckten.“

Bismarck selbst war es, der in der Sitzung des konstituierenden Reichstages am 28. März 1869 sagte: „Was wollen denn die Herren, die das vorgeschlagene Wahlrecht anfechten, und zwar mit der Beileugung, deren wir bedürfen, an diesen Stelle setzen? Etwa das preussische Dreiklassenwahlrecht? Ja, meine Herren, wer diesen Wirkungen und die Konstitution, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen: ein widerstrebigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staates ausgedacht worden.“

So kam denn der Artikel 21 der Verfassung des Norddeutschen Bundes zu stande, der bestimmt: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor“, und welcher, wie jene Verfassung überhaupt, im Jahre 1871 zum Reichsgesetz erhoben wurde.

Das ist, rein sachlich gesagt, in kurzen Zügen die Geschichte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Deutschland bis dahin, wo die Propaganda für die Gewährung dieses Wahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften aller Bundesstaaten einsetzt. In Konsequenz ihres mehrfachen Bekenntnisses zu diesem Wahlrecht, das sie sogar in ihrem Bundesreformprogramm vom 9. April 1866 als dem konservativen Prinzip förderlicher als irgend einen anderen Wahlmodus bezeichnete, hätte die preussische Regierung längst dazu kommen müssen, die Hand zu seiner Einführung für den preussischen Landtag zu bieten. Daß sie es nicht getan und nicht tun will, erklärt sich aus ihrer Furcht vor der Sozialdemokratie. Diese Furcht ist begründet.

Aber die „Umsurypartei“ wird nicht nachlassen, zu kämpfen für die Wahlrechtsreform. Und der Tag wird kommen, wo die herrschenden Gewalten sich zu ihrer Durchföhrung bekennen müssen. Zugleich aber ist die Sozialdemo-

traffe auf der Wacht gegen das Bestreben der reaktionären Parteien, das geltende Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Wenn auch die Reichsregierung öfter erklärt hat, an diesem Recht nicht rütteln zu wollen, so ist darin noch keine Garantie für seine Erhaltung zu sehen. Es ist immerfort gefährdet, wenn nicht das Volk beweist, zu seiner Verteidigung fest entschlossen zu sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Puttkamer ging und immer kehrt er wieder. Die „Post“ erzählt, daß besserem Vernehmen nach von einer Rückkehr v. Puttkamers auf seinen Kameruner Posten einiglling Abstand genommen sei. — Hat denn überhaupt noch jemand an die Möglichkeit der Rückkehr Puttkamers nach Kamerun glauben können?

Die Marokkodomödie ist beendet. Die Marokko-Konferenz ist nach Unterzeichnung der Generalakte geschlossen worden. Die deutschen Delegierten erhielten von Wilhelm II. hohe Lebensauszeichnungen. — Wofür?

Der Beruf Presse. Der Berliner Rechtslehrer Professor Köhler nimmt sich in einem Aufsatz „Ehre und Verteidigung“, der im „Archiv für Strafrecht“, 47. Jahrgang, veröffentlicht wird, der Rechte der Presse in beachtenswerter Weise an. Er betont, daß die Presse ebenso wie der Anwalt und der Richter ihren Beruf hat, und daß es zu diesem Beruf gehört, Mißstände zu rügen, das Volk vor Irrgängen zu warnen und auf die zum Heil und Geborgen führenden Wege hinzuweisen. Er wendet sich gegen die Verurteilung des Schuges von § 193 Str.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) durch das Reichsgericht und gegen die Argumentation von „vermeintlichen Uebelständen, die den Redakteur selbst gar nicht berühren“. Sie berühren ihn ebenso wie etwa den Syndikus eines Vereins Dinge, die den Verein schmälern, wenn sie auch den Syndikus nicht weiter persönlich betreffen. Es gebe eben auch Berufsstatistiken, die auf freier Initiative beruhen, wobei die Pflicht der Berufserfüllung mehr durch moralische, als durch rechtliche Gebote geregelt ist, und dazu gehört der Beruf der Presse:

„Welchen anderen Beruf sollte sonst die Presse haben? Etwa die Neugierde zu befriedigen, etwa zu unterhalten, etwa theoretische Ansichten zu vertreten? Nein, die Presse hat den Beruf, die praktischen Interessen der Nation und damit der Menschheit nach allen Richtungen hin zu fördern, Mißstände hervorzulehren und Ideen zu verbreiten, welche die Welt in ihrer Kulturarbeit fördern sollen. Der Beruf der Presse wird vom Reichsgericht verkannt, wenn es annimmt, das Recht der Presse sei nichts anderes, als das Recht der freien Äußerung. Ebenso gut könnte man sagen, das Recht des Anwalts sei nichts anderes als das Recht der freien Aussprache; in der Tat handelt es sich um Zweck und Ziel der Äußerung, und dieses ist in einem Falle ebenso berechtigt wie im anderen! Dazu kommt, daß die Tätigkeit der Presse ebenfalls beruflich ausgeübt wird, also nicht etwa gelegentlich, in vereinzelten Fällen, sondern in regelmäßiger, zielbewusster Arbeit, welche ein ganzes Menschenleben ausfüllen kann und den Mann der Presse zwingt, Stellung zu nehmen und auch da tätig zu sein, wo etwa Neugier und persönliches Behagen schweigen müssen.“

Nur unter dem vollen Schutz des § 193, so betont Köhler zum Schluß, kann die gute Presse gedeihen. Es wäre nur zu wünschen, daß dies Verständnis für das Wesen der Presse sich allgemein bei den Gerichten fände. So mancher Urtheilspruch würde dann anders ausfallen.

Zollschraube. Die Erhöhung des deutschen Zolltarifs hat zur Folge, daß ein europäisches Land nach dem anderen dem hohen Beispiel der offiziellen deutschen Wirtschaftspolitik folgt und ebenfalls seine Zollsätze hinausschraubt. Nachdem die meisten Länder sich bereits als gelehrige Schüler der deutschen Zollpolitik gezeigt haben, hat nun auch Spanien sich ein neues verbessertes „Rüchzeug“ angelegt. Wie der Handelsvertragverleiher schreibt, trägt der Entwurf des neuen spanischen Zolltarifs einen „strenge schützenden Charakter, der für manche deutsche Exportbranchen die schlimmsten Erleichterungen übertrifft. Spanien hat eben nach berühmtem Muster für die bevorstehenden Vertragsverhandlungen einen sogenannten Abschlagszolltarif aufgestellt, obwohl doch schon der bisherige Tarif gerade genug des Schutzes bot. Auf jeden Fall wird Spanien ohne ganz erhebliche Zollermäßigungen daran denken können, zum Abschluß von günstigen Handelsverträgen zu kommen. Der neue Tarif soll bereits am 1. Juli in Kraft treten und bis zu drei Terminen müßte auch mit Deutschland ein Handelsvertrag abgeschlossen sein, da unser Reichshandlungsabkommen vom Jahre 1899 mit dem 1. Juli abläuft. Die Frist ist also sehr kurz bemessen und es wird, meint der Handelsvertragsverein, die Aufgabe der deutschen Regierung sein, möglichst bald in Unterhandlungen einzutreten, mit denen man ja abschließlich bis zur Fertigstellung des spanischen Tarifs gewartet hat. . . . Überall tritt in dem neuen Tarifentwurf das Bestreben zutage, mit Gewalt neue Industrien, besonders Befestigungs- und Verarbeitungsinstrumenten zu entwickeln. Deshalb sind die Zölle auf Rohstoffe, zum Teil auch auf Halbfabrikate durchweg herabgesetzt, jedenfalls nicht erhöht, dagegen die Zölle auf Fertigfabrikate vielfach auf eine prohibitive Höhe gebracht. — Die Maßnahme des Handelsvertragvereins zur Hilfe ist recht gut gemeint: doch glauben wir kaum, daß bis zum 1. Juli ein neuer deutsch-spanischer Handelsvertrag zu Stande kommt. Die deutsche Regierung findet es in ihrer Weisheit vortheilhafter mit Handelsprohibitoren zu wirtschaften. Wir haben schon ein Prohibitoren mit England und den Vereinigten Staaten von Amerika; weshalb sollten wir nicht auch mit Spanien ein solches abschließen?

Die Biersteuer. Der Verband der Brauereien von Frankfurt am Main und Umgegend hat in seiner letzten Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, „für den Fall einer Erhöhung der Brauereiersteuer den Mehrbetrag so wohl wie die Zollerhöhung auf die Wirte resp. Konsumenten abzuwälzen, da die Brauereien nicht in der Lage sind, diese Belastung zu tragen.“

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie will seine Berufszwecke nicht mäßig sein lassen; sie sollen in Uebung bleiben. So hat er sie auch für den Wahlkampf in

Darmstadt den „Kaiserhaltenden“ Parteien zur Verfügung gestellt, ohne Rücksicht darauf, daß diese mit einander rivalisieren. Die „Vereinigten Liberalen“, nämlich die Freisinnigen beider Richtungen, die als Kandidaten den nationalen Partier Korrell aufgestellt haben, verzichteten auf die Hilfe des Reichsverbandes. Dafür rücht sich dieser nun. Er schickt seine Redner in die Versammlungen, in denen Partier Korrell spricht, und dort, nicht etwa in den von unserer Partei abgehaltenen Versammlungen. Hören sie den „Kampf gegen die Sozialdemokratie.“ Darunter machen sie Propaganda für den nationalliberalen Kandidaten, aber in einer Weise, die diesem kaum erwünscht sein kann. Beispielsweise leistet sich ein Redner des Verbandes in seiner Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur eine dringende Empfehlung der geistlichen Schulaufsicht und darüber die Behauptung, mit dem Liberalismus könne man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken! — Der lachende Dritte bei dem Schauspiel des Kampfes der „nationalen“ gegen die „vereinigten“ Liberalen ist die Sozialdemokratie, deren Freude an der Tätigkeit des Reichsverbandes eine durchaus ungetrübte ist.

Die neue russische Anleihe, vor der Genöfse Wabel in seiner letzten Reichstagsrede so nachdrücklich warnte, wird in Deutschland nicht untergebracht werden. Dstjabs meidet nämlich die „König. Ztg.“:

„So viel wir zu wissen glauben, wird den Parteien keine Gelegenheit geboten werden, sich über eine Beteiligung Deutschlands an der neuen russischen Anleihe zu beschweren, da diese wohl sicherlich nicht an den deutschen Markt kommen wird. Schon das Geldbedürfnis des Deutschen Reichs und Preußens, wie es eben jetzt durch die Aufnahme einer 600-Millionen-Anleihe zum Ausdruck kommt, machen es unerwünscht, daß gleichzeitig große russische Kreditforderungen an den deutschen Markt herantreten, und es ist daher anzunehmen, daß man es Frankreich überlassen wird, dem russischen Reich die Gelder zu liefern, über deren Aufbringung jetzt zwischen der russischen Regierung und einer französischen Finanzgruppe verhandelt wird.“

„Gleichzeitig“ erklärt Maxim Gorki in der gesamten europäischen Presse einen Aufruf: „Gebt der russischen Regierung kein Geld!“ Am Schluß dieses Aufrufs, der das barbarische Treiben der russischen Machthaber in flammenden Worten brandmarkt, heißt es:

„Gebt der russischen Regierung keinen Pfennig! Sie hat keine Verbindung mit dem Volke, Millionen von Herzen haben sie bereits zur Vernichtung verdammt.“

„Seit fast dreihundert Jahren hat sie das russische Volk in wilder Unwissenheit gehalten. Selbst aus der Religion schuf diese barbarische Regierung ein Mittel zur Verfolgung aller in Rußland lebenden Völker, einen Knüttel zur Ausrottung von Andersgläubigen. Begreifen wohl die jüdischen Bankiers Europas, daß sie Rußland Geld geben zur Organisation von Judenhegen? Wenn sie es begreifen, dann kommt ihr Verbrechen nur ihrer Habgucht gleich, und die Geschichte wird ihnen in der Zukunft die verdiente Vergeltung nicht schuldig bleiben.“

„Gebt den Bergewaltigern des russischen Volkes an Geist und Körper kein Geld! Mir fällt es so sehr schwer, zu begreifen, daß das zivilisierte Europa eben dieser Obrigkeit mit Geldmitteln zu Hilfe kommt. Und beruhigt Europa der einfache Gedanke wirklich so wenig, daß es nicht ungefährlich ist, als Nachbarn 140 000 000 Menschen zu haben, die man auf jede nur mögliche Weise unter einem geistigen Druck zu erhalten strebt, deren man hartnäckig Feindschaft und Haß gegen alles, was nicht russisch, einimpft?“

„Einst zogen Europas Völker weit nach Osten, um das Grab des Heilands aus den Händen der Heiden zu befreien. Jetzt versammelt und beschauht man vor den Augen Europas die Seele eines großen Volkes. . . die Heimstätte der lebendigen Gottheit! — Diesem Verbrecher gegenüber verhält man sich gleichgültig, man ist eher bereit, der bösen Macht, durch die das russische Volk geknechtet wird, die Mittel zur weiteren Unterdrückung zu gewähren.“

„Wahrscheinlich sind sich die Leute nicht klar bewußt, was sie bei der gegebenen Gelegenheit tun. Um so mehr, als sie zum Schluß nicht mit der Kotexie, die sich russische Regierung nennt, zu tun haben werden, sondern mit dem russischen Volke. Denn es wird siegen!“

„Gebt der Partei der Romanows kein Geld zum Kampf um die Selbstherrschaft!“

„Gebt kein Geld in die Hände der Barbaren, deren Politik stets feindlich den Kulturströmungen Europas entgegenstand!“

„Und wie werden sie es zurückerstatten?“

„Rußland ist durch sie ausgeplündert. Die Kaufkraft des Volkes ist gering, seine Industrie unentwickelt, das Land ausgelogen. Dem Lande steht ein langer, schwerer innerer Kampf, ein Bürgerkrieg bevor, sobald ihr der Regierung Geld zum Kampf gegen das russische Volk geben werdet.“

„Gebt Rußland kein Geld zum Morden!“ —

„So schön und treffend alles ist, was Gorki hier sagt, so wird er sich doch in der Hoffnung täuschen, durch einen ethischen Appell bei den europäischen Geldleuten irgendwelchen Eindruck zu machen. Begriffe wie Ethik, Moral und Humanität stehen nicht im Wörterbuche des Kapitalismus! Die Bankokratie steckt immer neues Geld in den russischen Schlund, um auf diese Weise wenigstens die Zinsen für das zu erhalten, was sie früher schon hineingestreckt hat. Mit der Drohung vor dem sofort eintretenden Staatsbankrott wachen so die russischen Machthaber immer neues Geld küßig — heute in Frankreich, morgen in Deutschland. Und Gorkis Ankündigung, daß ihr Verbrechen ebenso groß ist wie ihre Habgucht“, wird weder die jüdischen noch die christlichen Bankhaisige Europas bei ihrer Kalkulation im mindesten berühren! Sie werden unentwegt weiter zahlen aus Angst vor dem Staatsbankrott, und der Erfolg ihres Zahlens wird am letzten Ende doch allein der sein, daß dieser Bankrott, der ja doch unvermeidlich ist, schließlich nur um so gewaltigere Dimensionen annimmt.“

Der Flottenverein teilt renommierend mit, daß seine Gesamtmitgliederzahl am 31. März d. J. 951 822 betragen habe. Seit dem 1. Januar bis zum 31. März d. J. seien allein 86 000 neue Mitglieder aufgenommen worden. Die Mitteilungen des Flottenvereins fügen hinzu, daß die Tatsache höchst bemerkenswert sei, daß die außerordentlich große

Zunahme der Mitglieder hauptsächlich innerhalb des Zeitraumes stattgefunden habe, in welchem der Flottenverein für einen rascheren Ausbau der Flotte als bis jetzt gesetzlich festgelegt sei, eingetreten sei. Das Organ des Flottenvereins will damit also sagen, daß in breiten Kreisen des Volkes die Auffassung verbreitet sei, daß die Flottenbauten in weit rascherem Tempo erfolgen müßten. — Wenn es auch bekannt ist, daß sich unter den Mitgliedern des Flottenvereins eine ganze Anzahl von Beamten usw. befindet, die mehr oder weniger unfreiwillig beigezogen sind, so bliese es doch den Kopf in den Sand stecken wollte man die Verantwortlichkeit des Flottenvereins und seinen Einfluß auf unsere Marinepolitik unterschätzen. Doch in weiten Kreisen des Bürgertums gegenwärtig eine wahre Flottenfieberkrankheit ist sicherlich in erster Linie der maßlosen Agitation des Flottenvereins zuzuschreiben. Auch die neueste Nummer der Mitteilungen des Flottenvereins macht wiederum lebhafteste Stimmung für einen rascheren Ausbau der deutschen Kriegsflotte. Angesichts des bisherigen Erfolges dieser Agitation und der durch die Marokkoaffäre zutage getretenen völligen Isolierung Deutschlands ist es denn auch nur zu wahrscheinlich, daß der Flottennovelle, die ja schon heute vom Flottenverein als gänzlich unzulänglich bezeichnet wird, spätestens in einigen Jahren eine neue Flottennovelle folgen wird! Diese gewaltige agitatorische Tätigkeit der Flottennovelle, eine Tätigkeit von wahrhaft gemeingefährlichem Charakter, sollte auch die Arbeiterklasse zu immer energischerem Widerstand anseuern!

Schreckliche Dinge gehen vor. In Preußen sind zwei jüdische Landgerichtsräte zu Oberlandesgerichtsräten befördert worden und nun meldet der Telegraph gar, daß ein jüdischer Landgerichtsrat aus Köln zum Kammergerichtsrat ernannt worden ist. Die „nationale“ Presse ist ob dieser Ereignisse in bange Sorge geraten; was soll werden, wenn dem „deutschen“ Volke das „deutsche“ Recht nicht mehr ausschließlich von „deutschen“ Richtern gesprochen wird? Wehe, wehe! Um so vergnügter ist die liberale Presse; sie redet in hohen Tönen von einem „neuen Kurs im preussischen Justizministerium“ und jubelt: vivant sequentes — es leben die Mächsten! Dieser Jubel ist brinnig noch begreiflicher, als jene Trauer. Er zeigt, wie unfähig anspruchslos unser liberales Bürgertum geworden ist! Weil der preussische Justizminister sich dazu bequemt, eine von seinem Vorgänger lange Jahre hindurch strepplos verübte flagranter Verfassungsverletzung (denn etwas anderes ist die systematische Zurückführung jüdischer Richter) nicht zu begehen; dafür: Heil ihm und Hofanna! Es geht rapid bergab mit dem deutschen Liberalismus. . . .

Was die Regierung für die Reichstagsblätter einhandeln will, das ergibt sich aus einem von der Berliner Zentralstelle an die Reichsblattpresse verschickten Wochenzettel. Darin heißt es: „In der Geschäftsordnung müßte sich eine Bestimmung finden, nach welcher der Präsident ungenügend oder gar nicht begründete Anträge auf Zurückweisung an eine Kommission ohne weiteres ablehnen kann. Ein weiterer Konstruktionsfehler in der Handhabung der Geschäftsordnung ist während der Plenarsitzung durch ein Versehen des geschäftsführenden Paräsidenten zum ersten Male entstanden und dann von der Parlamentsmehrheit zu ihrem eigenen Schaden sanktioniert worden. Danach sind Anträge auf einfache Tagesordnung auch nach Schluß der Diskussion noch zulässig. Das ist direkt eine gefährliche Prozedur, die dem Präsidenten förmlich jede Macht über den Reichstag aus der Hand nimmt; denn, da nach der Geschäftsordnung ein Redner für den Antrag und ein Redner dagegen zu Wort kommen muß, so kann ein Abgeordneter die Rede, die vielleicht durch Schluß der Diskussion abgebrochen wurde, dennoch halten, indem er einen Antrag auf einfache Tagesordnung stellt und die geforderte Rede mit in die Begründung hinein verwebt. . . . Interpellationen, weil sie nur den Zweck einer Aufklärung über eine Einzelfrage verfolgen, sollten in durchaus zweckmäßiger Form durch eine kurze zusammengefaßte Anfrage und eine ebenso präzise Antwort erledigt werden.“ Reformbedürftig sei endlich auch die Form der Behandlung der Initiativanträge, die sich übrigens nicht auf eine Geschäftsordnungsbestimmung, sondern auf einen Beschluß des Senatskonvents stützt. „Dem Aufwand an Zeit und dem Ausgebot an Rednern bei den meisten Beratungsgegenständen entspricht nicht immer der geistige Gehalt, der durch das klappernde Mühlrad des Parlamentarismus erzeugt wird.“

„Am wichtigsten sind die beiden letzten Punkte. Die Interpellationen erlangen in den meisten Fällen ihre Bedeutung erst durch eine ausführliche Begründung und Darlegung, die wiederum die Regierung zwingt, näher auf die Sache einzugehen. Nehmen wir an, das gewählte System hätte bereits bestanden und es wäre eine Interpellation wegen der „ruhreichen“ Marokkoaffäre erfolgt. Dann hätte die „kurz zusammengefaßte Anfrage“ ebenfalls lauten können: „Was hat das Reich mit der Marokko-Angelegenheit zu tun?“ Bülow's „präzise Antwort“ hätte dann nur lauten können: „Das weiß ich auch nicht!“ Die Initiativanträge mögen der Regierung sehr un bequem sein. Aber wenn das Parlament nicht einmal die aus seiner eigenen Mitte herborgegangenen Anträge gründlich besprechen soll, wozu ist es dann da?

Rußland.

Gerichtet. Der Gouverneur von Twer, Lepjow, ist Sonnabend nachmittag durch eine Bombe zerissen worden. Der Kaiser des Gouverneurs trug lebensgefährliche Verwundungen davon; außerdem wurden von dem auf der Straße befindlichen Publikum eine Dame, zwei junge Mädchen und zwei Knaben leicht verletzt. In der Umgebung des Tatortes sind alle Fenster Scheiben der Häuser zertrümmert worden. Der Attentäter wurde verhaftet. Er hat das Aussehen eines Arbeiters und ist nach seinen Papieren ein achtzehnjähriger Mensch aus Saratow namens Bugatschew.

Sapow will Pfafe bleiben. Aus Petersburg wird berichtet: Sapow traf zur Verantwortung vor dem Synod, welcher demnach entscheidet, ob Sapow die geistlichen Würden aberkannt werden sollen, hier ein.

Oesterreich-Ungarn.

Das Poffenspiel ist aus. Die ungarischen Unabhängigkeitsmänner, die sich bisher als wütendste Oppositions-

wenigen überleben, haben mit der Regierung Frieden geschlossen. Die sich gestern noch Schurken und Weineidige nannten, sind heute wieder Freunde. Es ist eine dahingehende Einigung erzielt worden, daß Dr. Wederle die Bildung des Ministeriums übernimmt. In einem großen Kabinett wurde die „Einigung“ besiegelt und beschlossen. Die Regierung hatte ganz recht, vor der Opposition die Fäden nicht zu strecken!

Schweiz.

Und das will eine „freie Schweiz“ sein? Der Bundesrat legte das Entwurfsgesetz zur Ergänzung des Schiedsrechts in Zürich als bekanntes Herausgeber von Konventionen & Schiedsgerichten, namlich der Schiedsgerichtsbarkeit, ab. — Es ist anzunehmen, daß der Charakter des Schiedsrechts der sogen. freien Schweiz, daß es solche Gründe waren die Verletzung des Schiedsrechts abtun.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 9. April.

Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Fackelbunde sind heute morgen in den Ausstand getreten. Zutritt ist streng fernzuhalten!

Wegen Missetat von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Der Boykott der Thüringer Wurfabrik von August Scheere scheint recht gut zu wirken, denn man ist von Lübeck aus, d. h. von einer Seite aus, die zweifellos Herrn Scheere nahe steht, bemüht, über die Ursachen des Konflikts falsche Berichte in die auswärtige Presse zu bringen. So meldete in der vorigen Woche ein hiesiger Scribitor dem „Hamb. Corr.“:

„In der hiesigen Wurfabrik von August Scheere, der größten am Plage, ist ein Streit ausgebrochen, indem die organisierten Gesellen wegen der Entlassung einiger ihrer Genossen die Arbeit niederlegten. Der Grund der Entlassung war aber der, daß drei Gesellen wegen einer Schlägerei verhaftet worden waren. Die organisierten Gesellen verlangten, nachdem die drei Verhafteten vom Schöffengericht freigesprochen waren, deren WiederEinstellung und die Entlassung eines anderen Gesellen, doch wurde dem nicht Folge gegeben. Jetzt ist über das Scheeresche Geschäft der Boykott verhängt worden unter der Begründung, daß der Geschäftsinhaber sich der organisierten Gesellen habe entledigen wollen.“

Es ist eine grobe Lüge, wenn behauptet wird, die Arbeit bei Scheere sei niedergelegt worden, weil die drei an der betr. Schlägerei angeblich beteiligten — vom Gericht jedoch freigesprochenen — Verbandsmitglieder nicht wieder eingestellt worden seien. Diese Forderung, die gewiß berechtigt gewesen wäre, ist unseres Wissens nicht einmal gestellt worden. Der Boykott ist ausgesprochen worden, weil Herr Scheere tatsächlich Verbandsmitglieder gemaskiert hat, und sein Versprechen, den Hauptkäufer zu entlassen, nicht hielt, sondern im Gegenteil in direkt provozierender Weise zwei weitere organisierte Gesellen auf Straßenspaziergang warf. Da zur Rechtfertigung des Scheereschen Vorgehens nur noch Unwahrheiten dienen können, so ist damit wohl der Beweis erbracht, daß auch in bürgerlichen Kreisen die Ueberzeugung von der Berechtigung des Vorgehens der Arbeiter immer mehr an Boden gewinnt. — Um Herrn Scheere auf die Beine zu helfen, hat sich auch der „Wirtschaftliche Schutzbund Hamburg“ mit der Sache befaßt. In wie objektiver Weise das geschehen sein muß, geht aus einer kurzen Mitteilung hervor, die wir am Schluß eines Berichtes über eine Versammlung desselben im „Hamb. Fremdenbl.“ finden; es heißt dort: „Gegenwärtig ist der Verband beschäftigt, dem Boykott, den die Sozialdemokratie hier in Hamburg gegen die Waren der Lübecker Wurfabrik in Szene gesetzt hat, ein Paroli zu bieten.“ — Uns ist es ganz neu, daß die „Sozialdemokratie den Boykott in Szene gesetzt“ hat, denn bekanntlich hat sich unsere Partei hiermit überhaupt noch nicht beschäftigt; aber was läßt man nicht alles zusammen, um dem Bürgerum ein Grauen vor der Sozialdemokratie beizubringen. Öffentlich werden sich die Herren vom Wirtschaftlichen Schutzbund in Hamburg nunmehr Scheeres Bratenkammern, Kopf und Bein, Ausnahmewurst usw. recht gut schmecken lassen und diese Fleischwaren in großen Mengen konsumieren. Bisher überließen sie diese Fleischwaren gern der Arbeiterschaft, die sich nichts Besseres leisten kann. Die Lübecker Arbeiterschaft wird sich in ihrem Vorgehen durch das „Paroli“ des Hamburger Arbeitgeberverbandes jedoch durchaus nicht beirren lassen.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

„Der Muttersohn“ vor dem Landgericht. Am Sonnabend hatte sich die Strafkammer als Berufungsinstanz mit dem Roman des in Lübeck wohnhaften Schriftstellers Dose „Der Muttersohn“ zu befassen, nachdem das Schöffengericht den wegen Beleidigung von seinem Vetter, Rechtsanwalt Ritter in Tondern, verklagten Autor freigesprochen hatte. Ritter sieht sich beleidigt durch eine im vorgenannten Roman auftretende Person namensasmus Berg, durch die er nach seiner Ansicht getroffen und verächtlich gemacht werden sollte. Dose bekräftigt entschieden, daß er seinen Vetter in der Figur des Berg habe zeichnen wollen; er erklärt sich ferner durch seinen Anwalt bereit, bei einer event. Neuauflage des „Muttersohn“ entsprechende Aenderungen vorzunehmen. Als Zeugin wurde die Schwester des Klägers, Frau Dohus-Hamburg, vernommen, die bekundet, daß die ganze Beschreibung desasmus Berg auf ihren Bruder passe; es seien in dem Buch überhaupt viele Einzelheiten aus dem Leben ihrer Familie zu finden. Eine andere Zeugin, Frau Karberg-Hamburg, sagt aus, daß ihr gegenüber Dose erklärt habe, daß er Ritter in demasmus Berg nicht treffen wollte. Der Vertreter des Klägers plädiert hiernach auf Verurteilung des Beklagten zu einer Geldstrafe, während der Anwalt Doses Freisprechung beantragt. Das Gericht setzt die Urteilsverkündung auf nächsten Sonnabend mittags 12 Uhr fest.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zutritt von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Das „Volksgesicht“. Zu Geschworenen ausgesetzt wurden in der Sonnabend-Sitzung der Straf-

kammer für die am 14. Mai beginnende erste diesjährige Schwurgerichtsperiode die Herren: Prokurist Karl Freitag zu Schwartau, Kaufmann Johannes Freitag und Ingenieur Paul Jäger, beide zu Lübeck, Rentier Hellwig zu Gutin, Kaufmann Karl Lüders zu Lübeck, G. Memendorfer Heber Mens zu Ahrensbüttel, Kaufmann Otto Reinhardt, Eisenbahnbedienter v. Ahrensleben, Gewerkschaftlicher Metzger, Kaufmann Hermann Clemens Deuser, Kaufmann Johannes Kollmann, Kaufmann Paul Wilhelm Hermsberg, Oberlehrer Dr. Rillich, Architekt Ernst Hund, Schmiedemeister Ludwig Thomas Hinrich Bend, Major a. D. Friedrich Balow, Kaufmann Heinrich Ludw. Theodor Köhler, Maurermeister Johannes Brügge, Oberlehrer Julius Doh, Kaufmann Heinrich Walther Emanuel Lindenberg, Juwelier Wilhelm Veiner, Konditor Bernhard Johann Georg Köpff, sämtlich zu Lübeck, Kunstgärtner Koje zu Wilhelmshof, Sekretär Müller zu Lübeck, Dufner S. Ehlers zu Vienstfeld, Dufner Georg Wut zu Barkau, Fabrikant Karl Friedrich zu Gutin, Dufner Stöting zu Tankenrade, Apotheker Joh. Döster und Kaufmann Paul Wendt zu Lübeck.

Achtung, Rutscher! Nachstehende Betriebe haben die Forderungen der Rutscher nicht bewilligt: W. M. Schmidt, Hafenstraße 20 b, E. Ervers, Lachsweh-Allee 10, W. Quigau, Nutbrod, Ecke der Arminstraße. Über diese Betriebe ist die Sperre verhängt worden. Stein aufgellärter Rutscher darf in denselben Arbeit annehmen. — Der Inhaber der Firma S. Wigger, Lachswehr 5, mahregelte am heutigen Montag morgen einen Verband zu stellen. Er erklärte weiter, daß für ihn der Tarif nicht maßgebend sei. Die Kollegen werden ersucht, das zu beachten.

Wie Streikbrecher bestraft werden! In der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe ist es notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter den um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden Brüdern steht. Niemand darf seinen streikenden Kollegen in den Rücken fallen. Wie nun Streikbrecher auch in ausländigen bürgerlichen Kreisen bewertet werden, dafür mag folgendes Wort eines Richters, leider keines deutschen, sondern eines englischen, dienen: „Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist, und obgleich beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein mögen für die eine Partei, so sind sie doch verachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, der einem anderen Hilfe gibt, aber der erste, der Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gefiebert. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus, jedoch für Geld und würdlose Jubilation wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Wort, er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft, und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: In Lübeck, auf dem grünen Plage neben der alten Kaserne. Dienstag, den 10. April 1906, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1899 und 1900. Dienstag, den 10. April 1906, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1901, 1902, 1903, 1904 und 1905, sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Spezialwaffen.

Handelsregister. Am 7. April 1906 ist bei den Firmen W. G. Böhmel und G. W. Schneider in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Konturseröffnung. Ueber das Vermögen des Kaufmannes Hans Heinrich genannt Johannes Peters in Lübeck, Dornestraße 32 a, ist am 7. April, nachmittags 5 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann W. S. Möller in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Schafdiebstahl. In verfloßener Nacht sind in Gastorp aus einem Stalle 11 Schafe (engl. Rasse) gestohlen worden. Die Schafe haben schwarze Köpfe und Lüge.

Gutin. Frühjahrsjahrs-Kontrollversammlung 1906. Gutin — Schloßknechtbahn — Dienstag den 24. April 1906, vormittags 9 15 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahressklassen 1893 bis 1897). Dienstag den 24. April 1906, nachmittags 3 Uhr, für die gedienten Reservisten der Jahressklassen 1898 bis 1901. Mittwoch den 25. April 1906, vormittags 9 15 Uhr, für die gedienten Reservisten der Jahressklassen 1902 bis 1905 und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahressklassen 1893 bis 1905). Vienstfeld — Gastwirtschaft von Steffen — Mittwoch den 25. April 1906, nachmittags 3 30 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten. Ahrensbüttel — Weidemanns Hotel — Donnerstag den 26. April 1906, vormittags 10 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahressklassen 1893 bis 1897) und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahressklassen 1893 bis 1905). Donnerstag den 26. April 1906, nachmittags 2 30 Uhr, für sämtliche gedienten Reservisten (Jahressklassen 1898 bis 1905). Schwartau — Jürgen's Hotel — Freitag, den 27. April 1906, vormittags 10 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahressklassen 1893 bis 1897). Freitag, den 27. April 1906, nachmittags 2 Uhr, für die gedienten Reservisten der Jahressklassen 1903 bis 1905 und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahressklassen 1893 bis 1905). Sonnabend, den 28. April 1906, vormittags 10 Uhr, für die gedienten Reservisten der Jahressklassen 1898 bis 1902. Timmendorfer Strand — Lage's Strand-Hotel — Sonnabend, den 28. April 1906, nachmittags 3 Uhr für sämtliche zum Erscheinen verpflichteten Wehrleute (Jahressklassen 1893 bis 1897) und für sämtliche Ersatzreservisten (Jahressklassen 1893 bis 1905). Montag, den 30. April 1906, vormittags 9 15 Uhr, für sämtliche gedienten Reservisten (Jahressklassen 1898 bis 1905).

Hamburg. 50 000 Abonnenten hat nunmehr das „Hamburger Echo“. Das ist ein schöner Erfolg, an dem nicht zuletzt die Scharfmacher schuld sind. — Zu m Streik der Seeleute. Die Situation an und für sich hat sich noch nicht geändert. Die Zahl der Ausständigen wächst täglich, da von den ankommenden Schiffen die Seeleute von Bord gehen und sich den Streikenden anschließen. Der Seemannsverband gewinnt täglich an Mitgliedern. Die Hoffnung der Reeder, vom Auslande Schiffsleute zu bekommen, ist ziemlich zu Wasser geworden. In Amsterdam konnten die Reeder keine Leute weiter austreten, als die nach hier gekommen sind. Es sind das alles andere, aber keine Seeleute. In Holland und Belgien ist ein Flugblatt in der Landessprache verbreitet, welches die Lage der deutschen Seeleute schildert. In den verschiedenen Hafenstädten sind überhaupt keine überflüssigen Seeleute. Die Reeder haben dort selbst genug zu tun, um ihre Schiffe besetzen zu können. Auch in Schweden und

Dänemark ist ein Flugblatt verbreitet. Von dort kommen ebenfalls keine Leute nach hier. In England hält der Vorstehende der Seamen and Firemen Union Versammlungen ab und berichtet dort über den Ausstand der deutschen Seeleute. Also können die Reeder auf befahrene Leute wenig rechnen. In einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung der streikenden Seeleute erklärte der Vorsitzende des Seemannsverbandes, W. Müller, daß der Verein der Reeder von Stettin beschlossen habe, nach Beendigung des Hamburger Kampfes mit der Verbandsleitung wegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Unterhandlung zu treten. Ebenso komme die Nachricht aus Bremen, daß auch dort voraussichtlich Unterhandlungen mit der Verbandsleitung angebahnt werden. Es sei dieses ein Beweis dafür, daß diese Reeder mit der Verbandsleitung lieber unterhandeln, als mit ihren eigenen Leuten. In Rotterdam haben die Schlafbale und Logisgeber beschlossen, keinen Mann nach Hamburg zu schicken. Sie hätten Interesse daran, brauchbare Leute im Lande zu behalten. Sollen sich die Reeder nicht herbeilassen, mit dem Seemannsverband in Unterhandlungen zu treten, werden die Seeleute in der nächsten Woche den Generalkonvent über sämtliche deutschen Schiffe im Hamburger Hafen proklamieren, um die fremden Reeder umgarnen zu lassen. — In Hamburg gekrönt die Schutzmanschaft. Ein Strafverfahren gegen Dr. Anita-Augspurg ist von der Hamburger Staatsanwaltschaft eingeleitet. Frau Anita-Augspurg hat in einem Hamburger Blatte das Vorgehen von Schutzleuten gegen Passanten in der Straßennacht geschildert und soll dafür zur Verantwortung gezogen werden. Sie will den Wahrheitsbeweis antreten.

Segeberg. Eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung fand am Sonnabend in Hilbebrand's Gasthaus am Kallberg statt; Kollege Freitag aus Lübeck sprach über den Zweck und Nutzen der Organisation. Redner legte den Anwesenden klar, auf welche Weise sie ihre Lebenslage verbessern und wie sie durch eine gut geschulte Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen können. Es ließen sich sogleich 17 Mann in den Verband aufnehmen. Nachdem dann ein Vorstand gewählt worden war, wurde die Versammlung mit der Hoffnung geschlossen, recht bald einen blühenden Zweigverein in Segeberg zu sehen.

Kostock. Brestprozesse. Der verantwortliche Redakteur der „Meckl. Volksztg.“, Genosse Kühn wurde vom Amtsgericht zu Penzlin wegen zweier Artikel, die den Baron v. Hauff-Mallin beleidigt haben sollen, verurteilt. Der eine Artikel tennzeichnet die Haltung des Barons Hauff „seiner“ Schule gegenüber und war der „Mecklenb. Schulzeitung“ entnommen; für diesen Artikel wurde Kühn mit 50 Mark Geldstrafe belegt. Für den zweiten Artikel erhielt unser Genosse zwei Wochen Gefängnis subditiert. In diesem zweiten Artikel war das Verhältnis des Barons zu „seiner“ Tagelöhner geschildert.

Wüstrow. Schwurgericht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde Sonnabend gegen den Kaufmann Wilhelm Wallischky aus Neustrelitz verhandelt, welcher angeklagt war, in einer Strafsache vor dem hiesigen Schwurgericht als Zeuge einen Meineid geleistet zu haben. Der Angeklagte wurde zu ein Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt, ein Monat wurde als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

Stade. Im Wahnsinn. Aus Bückfleht wird berichtet: Am Donnerstagnorgen verlor die Ehefrau des Schiffers Dede ihren fünfjährigen Sohn in einem Anfall von Geisteskrankheit dadurch zu töten, daß sie ihn aus dem ersten Stockwerk vom Fenster hinauswarf. Der Knabe hat sich aber anteiend an den am Hause emporkantenden Weinreben festgehalten und ist so dem sicheren Tode entgangen. Nach dieser grauenvollen Tat sprang die Ehefrau Dede ebenfalls aus dem Fenster. Sie erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß sie gestern Nachmittag starb. Der Chemann Dede befindet sich auf einer Fahrt nach Norwegen.

Stade. Zurechnungsfähig? Der Musiketier Paul Lepper vom 75. Infanterieregiment in Stade wurde am 29. Januar dieses Jahres vom Kriegsgericht der 17. Division wegen einer langen Reihe militärischer Vergehen und wegen Falschmünzerei, die er nach eigenen Angaben betrieben haben will, zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus, fünf Tagen Haft, Entfernung aus dem Heere und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Während der Angeklagte sich bei dem Urteil beruhigte, legte der Gerichtsherr augunsten des Lepper Berufung ein, mit der sich am Donnerstag das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps zu befassen hatte. Der Angeklagte will von den älteren Soldaten fortgesetzt schlecht behandelt worden sein, weshalb er im September 1905, als alle Beschwerden, so behauptet er, nichts fruchteten, seinen Säbel zog und damit einen seiner Widersacher, der ihn stets — Lepper ist Spreethener — mit „Berliner Großschnauze“ titulierte, schwer verletzte. Er flüchtete nun nach Berlin, wo er Mitglied einer Falschmünzerbande geworden sein will. Am 24. November wurde er bei Herausgabe von Falschmünzen abgefaßt und darauf seinem Truppenteile zugeführt. Unterwegs warf er eine goldene Uhr nebst Kette sowie Schmuckgegenstände aus dem Eisenbahnzuge. Im Stader Arresthause angelangt, brach er nach wenigen Tagen aus, indem er eine Wand durchstimmte. Er reiste nach Hamburg, wo er am 3. Dezember infolge Denunziation eines „Freundes“ festgenommen wurde. Ein abermaliger Fluchtversuch mißglückte. Wie in der vorigen Verhandlung behauptet der Angeklagte auch vor diesem Gericht, Silbergeld in großen Mengen angefertigt und verausgabt zu haben; seine Komplizen wolle er nicht nennen, doch sei er bereit, das Gericht in die Geheimnisse der Falschmünzerei einzuweißen, falls die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde. Das Gericht lehnt dies ab. Der Angeklagte bleibt bei seiner früheren Behauptung stehen, durch schlechte Behandlung von seinen Kameraden und zurückgewiesene Beschwerden zur Defektion gezwungen und auf die Verbrechensbahn geraten zu sein. Er verlangt keine Ermäßigung der Strafe, die zu erhöhen er aber in das Ermessen des Gerichts stellt. Der Vertreter der Anklage, Oberkriegsgerichtsrat Dr. Müller, beantragt die Verurteilung der Berufung des Gerichtsherrn, da nach seinem Dafürhalten der Angeklagte auch den militärischen Verbrechen und Vergehen aus Falschmünzerei getrieben habe. Das Gericht schließt sich dieser Ansicht an und bestätigt das Urteil der Borinstanz. Mit lautem Lachen nimmt der von zwei Schwerebewaffneten begleitete Angeklagte das Urteil entgegen.

Bremen. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich Donnerstag nachmittag gegen 3 Uhr im Bldggebäude, Ecke Papenstraße und Hundestraße. In dem Gebäude, das gegenwärtig abgebrochen wird, kürzte das Kellergewölbe ein, wodurch ein Arbeiter getötet und ein anderer am Kopfe verwundet wurde. Es scheint an der nötigen Vorsicht bei der Leitung der Arbeiten gefehlt zu haben.

r. Oldenburg. 19. Sitzung des Landtages. Bei der Beratung des Vermögenssteuer-Gesetzes wurden in einer dreieinhalbständigen Debatte die grundsätzlichen Fragen aller Parteien aufgerollt. Der Finanzausschuss stellte sich auf eine Mehrheit der Minderheit; die Mehrheit stellt sich auf den Boden der Regierungsvorlage und schlägt die Einführung einer Vermögenssteuer von 1 pro Mille, also für tausend Mark Vermögen eine Mark Steuer vor, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Grundsteuer auf die Hälfte des jetzigen Betrages. Eine Minderheit, der Abg. Hühorn-Osternburg, will Ablehnung der Vorlage und Einführung einer Kapitalrentensteuer. Eine andere Minderheit, die Abg. Vogt Eutin und Tappenbeck, will die Vermögenssteuer einführen, aber nur bis 1/2 pro Mille geben, sowie auch nur die Grundsteuer auf zwei Drittel des jetzigen Betrages ermäßigen. Jede dieser Mehr- und Minderheiten hatten für sich einen recht umfangreichen Bericht herauszugeben. Es ist uns leider wegen Raummangels nicht möglich, hiervon sowie aus der Diskussion, welche hierdurch entstand, das Wichtigste wiederzugeben. Wir beschränken uns deshalb auf die Mitteilung der Beschlüsse

des Landtages; die Anträge der Minderheiten, auch der, das Vermögen des Großherzogs zu versteuern, wurden sämtlich abgelehnt und die Regierungsvorlagen mit den von der Mehrheit des Ausschusses vorgeschlagenen Änderungen angenommen, so daß also die Vermögenssteuer in erster Lesung glücklich unter Dach ist. Es wurde dann die Einführung einer Gebäudesteuer für das Fürstentum Lübeck beraten und die Vorlage, über welche wir schon eingehend berichtet haben, nach den Vorschlägen der Mehrheit des Finanzausschusses angenommen. Sämtliche Minderheitsanträge wurden abgelehnt. Bemerken wollen wir noch, daß die Abg. Vogt Eutin sowie Vogt Pansdorf, welche erst für Ablehnung der Vorlage waren, im letzten Augenblick ins feindliche Lager übergingen und für die Einführung einer Gebäudesteuer stimmten. Vom Regierungsrath wurde erklärt, daß auch im Fürstentum Lübeck die Vermögenssteuer, sowie eine gänzliche Umänderung der Steuerverhältnisse bevorstehe. Es können hierüber aber noch 1-2 Jahre vergehen, denn vorerst müsse die Sache genügend geklärt sein. Es stimmten lebhaftig die Sozialdemokraten gegen die Vorlage. Die

Hoffnung der hiesigen bürgerlichen Blätter, daß der Abg. Vogt jedenfalls die Vorlage ganz zu Fall bringen werde, ist demnach elendig zu Wasser geworden, nachdem die Stöße, an die diese sich klammerten, umgefallen ist.

Das Arbeitersekretariat
(unentgeltliche Anlaufstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.
Maifeier-Komitee.
Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung im Vereinshaus.

Geschäfts-Eröffnung.
Dem geehrten Publikum Lübecks mache hiermit bekannt, daß ich in der **Königstraße 33** (Ecke Hundestr.) eine **Filiale** meines **Bonbon-, Konfituren- und Marzipan-Geschäftes** eröffnet habe und bitte auch dort um geneigten Zuspruch.
M. G. Borbor, Bonbonfabrik.

Einem geehrten Publikum sowie meiner werthen Anwartschaft die ergebene Mitteilung, daß ich jetzt:
Severdesstraße 15, part.
wohne.
Sämtliche Strickarbeit sowie Reparatur wird prompt und billig angefertigt.
Eigene Maschinenstrickerei.
Frau Konopka.

Die Geburt eines Jungen zeigen an
A. Niemann und Frau.
Sonabend den 7 d. M. mittags 2 Uhr, ent- schiedt sankt nach langem schwerem Leiden meine geliebte Frau, Mutter, Groß- u. Schwiegermutter **Johanna Kelling, geb. Soodtmann,** im 68. Lebensjahre. Sie betrauert von den Hinterbliebenen.
Familien Kelling und Soodtmann.
Die Beerdigung findet am Dienstag den 10. d. M., morgens 10 1/4 Uhr (Aufn. 10 1/2 Uhr) von der Kapelle (Burgtor) aus statt

PALMIN 
Feinste Pflanzenbutter zum Kochen, Braten und Backen

Werkzeuge unter Garantie
für
Maurer, Zimmerer, Tischler, Schmelde, Drechsler usw.
Ferner:
alle landw. Artikel
wie
Schaufeln, Spaten, Harken, Draht, Drahtgeflechte etc.
empfehlen zu billigsten Preisen
J. F. B. Grube
Eisenwarenhandlung am Markt.

Für die Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Carl danken bestens
H. Radden und Frau.

Durch unseren Verlag zu beziehen:
„Bilder aus Lübeck's Vergangenheit“

Arbeiter Bildungsschule
Lübeck.
Der Unterricht in **Deutscher Sprache** fällt am Dienstag den 10. und 17. April er. aus.
Der Vorstand.

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeiten anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Gertrud sagen herzlichsten Dank.
P. Hoff und Frau
nebst Tochter Gertrud.

Zusammengestellt von
Theodor Schwarz.

Achtung!
Hafenarbeiter
(zentral).
Unsere Mitgliederversammlung findet des Karfreitags halber nicht am 13. April statt, sondern
am Mittwoch den 18. April.
Der Vorstand.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke für unsere Tochter Amalie Glinkemann danken herzlich
Richard Glas und Frau.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:
Das „wendische“ („Alt“) Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichs- freie“ Lübeck. — Das „hanfische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübeck's letzter hanfischer Krieg. — Die Meiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Reizel von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Bünde. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.
Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwand. Mk. 5.—
oder in 20 Lieferungen à 20 Hfg.

F. G. T. O.
Deutsche Großloge □ Lubeca No. 59
tagt jeden Dienstag und Freitag
abends 9 Uhr
bei **Sasse, Johannisstraße 25.**
Aufnahme neuer Mitglieder daselbst.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Martha danken herzlich
Heinrich Eulers und Frau.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 50.
Bestellungen werden von unseren Kolporturen zu jeder Zeit entgegen genommen.

I. O. G. T.
Loge „Nie rasten“ Nr. 416
Am Sonntag den 22. April 1906
in den Stadthallen
Bannerweihe
mit nachfolgendem Ball.
Herrentarfen im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 75 Pf., Damentarfen im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 50 Pf. — Vorverkauf bei **Becker, Breitestr. 75, Kieß, Engelsgrube, Niehus, Mittelstr. 4a, Piesmann, Högstr. 45, Schröder, Lindenstr. 19, Vogenhaus, Fischstr. 36,** sowie bei allen Mitgliedern.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Hans danken herzlich
H. Eggert und Frau nebst Sohn.


Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Högstraße.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Gas, Benzin, Petroleum, Elektromotore, Dynamos, Lokomotiven, Transmissionsen, Treibriemen, Wringmaschine, Zugregulatoren, Dampfkränze, Pumpen, Drehbank, Räder etc., gebraucht, aber gut erhalten, billig abzugeben.
Brach & Schröder, Untertrabe 87.

Adolf Hübner, Uhren- u. Gold-
warenhandlung,
u. Reparaturwerkstatt. **Hänfhanfen 13.**
Hafemann & Weimann
Eismigstr. 17 a Delzerstr. 15 a
Werkstatt: Langer Lohberg 45.
Bau- und Möbel-Tischlerei
empfehlen sich zu allen in ihrem Fache vorkommenden Arbeiten.

Variété
Universum
Täglich:
Vorstellungen.
L. Puls.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm sagen herzlichsten Dank
B. Rutenberg
und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Heinrich danken herzlich
H. Grote und Frau nebst Sohn.

Für die vielseitigen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Johannes sagen herzlichsten Dank.
J. Bäumlner und Frau.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Johannes.
J. Naumann und Frau.

Herzlichen Dank für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elisabeth.
P. Göde und Frau.

Besten Dank für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Amalie.
Heinrich Petersen und Frau.

Eine Wohnung zu vermieten
2 Stuben, Küche und Bodenstube
Hundeststraße 71.

Gesucht zu sofort
eine Morgenfrau.
Th. Storm, Königstraße 98.

Ein helles Sommeradrett (mittl. Figur), ein Roman „Zwei Frauen unter einem Dach“, 100 Hefte billig zu verkaufen
Schützenstraße 49, I.

Gesellen- | Konfirmanden- | Reise- | Koffer | Koffer | Koffer
in großer Auswahl sehr billig
38 Mariesgrube 38.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme des Publikums Lübeck und Nachbargebiete sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Paul Schmidt**
Verantwortlicher Redakteur für den Rest der Zeitung mit Ausnahme des Publikums Lübeck und Nachbargebiete sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Bauil Schmidt**

Der „Unpersönliche“.

zum kapitalistischen Massenmord in Courrières.

Im tiefen von Höhlen und Klüften durchwühlten Seibe des Berges. Hunderte von lebenden Menschen Ketten, Tullen, Ketten. Schlag auf Schlag, von hammerbewehrten Händen geführt, fällt auf das steinige schwarze Eingeweide. Stille um Stille fällt, tollert zu Boden.

Dunkere Stille sonst. Hier und da schauen die glühenden Augen um sich, mit dem Todesgeschrei im Blick. Es ist nicht gehener da. Davon, hinaus aus dieser dunklen Engel! Ein resigniertes Nicken. Und wieder lehren sich die Gesichter der Arbeit zu. Schlag auf Schlag! Schaffen, nur Schaffen!

Da, ein Donnern, das Gekör raubend. Ein Flammen, die Augen verblendend. Ein Schrei aus den schwarzen Rungen des steinigen, durchbohrten, zerklüfteten Titanen. Dann — Wimmern, Sterben! Wo sind die da, die da Ketten, Ketten, trocken, die Schläge um Schläge gegen die Eingeweide des Riesen führten? Wo sind sie? Zwischen den flammenden Wägen, die hin und wieder zucken, durch die Weiber hindurch, sie verblendend, röhrend. Zwischen den schwarzen Wänden, die gegeneinander prallen, sich zerbröckelnd, zerrissend. Hunderte sehen die Sonne nicht mehr. Die Sonne nicht mehr, ihre Weiber nicht mehr, ihre Kinder nicht mehr. Gebrochen starren die Augen zur Höhe, von denen der Arbeitsdruck noch herabdringt. Weit sind die Münder geöffnet, die nicht mehr Bitt gefanden, nur einen Hilfschrei abzustoßen und die — Anklage.

Faltet ihr, den Schuldigen, packt ihn! Mache! Mache! Ja, packt ihn — den Kapitalismus! Mache, packt ihn, den ungeheuerlich Mächtigen, den unerhört Graufamen, den nie sattem Verschlingenden, den schauerlich Unpersönlichen!

Der Dieb, der eine Gemme stahl, ist persönlich. Witzschnell packen ihn die Häcker. Der wasserbewaffnete Räuber entkann den eisernen Griffen der Räcker nicht. Der Diebstahl, der seine Macht so ausübt, daß Mord auf seiner Seele lastet, ist den rächenden Händen erreichbar. Verdammung und Verurteilung steht eine uralte Selbstbestimmung vor der Welt Augen, die etwa die Mäurer eines ganzen Dorfes über die Klänge sprechen ließ. Andere standen auf und richteten die Eindringlinge wieder. Sie sind alle so persönlich und hastbar mit ihren Leibern.

Aber packt den Kapitalismus, der mit seinen tausend und aber tausend unsichtbaren Fingern die Hunderte unglücklicher Bergarbeiter in die Grube zur aufreibenden Arbeit, in die Grube zum qualvollen Tode trieb! Er ist ja nicht verantwortlich, denn er ist nicht persönlich. Schon hat der Unsichtbare alle Verantwortlichkeit von sich abgewälzt, auf die vielen in seinem Dienste, vielmehr auch auf die nun Toten.

Da packt die Rache vielleicht einen stillen Rentner zu Paris, der mit seiner Geldsäckel zwischen Mittag und St. Siffa einen Coupon von irgend einem Wertpapier herumerschmitt. Ist er nicht der oder an dem großen Wo be, hat er nicht die Kuponhöcker auch den Besessenen eines oder mehrerer bei in der kohlendunklen Tiefe Eingekerkerten durchschritten? Der vielleicht auch gemüthliche Pröbter, der vielleicht nicht weiß was ein Rezept ist, der die Kräfte nicht kennt, die seinen Coupon wertvoll machen, der, wenn er nur den Oberanteil und nicht die Tageserzeugnisse in der Zeitung liest, vielleicht nicht einmal wissen muß, was da in einem fernem Arbeiterdorf in der Provinz geschehen ist. Und wenn er es erfährt! Ach, nun ja, da ist eben ein großes Unglück geschehen. Die armen Leute dort!

Aber er schreibt doch zur Zeit wieder seiner Coupon von seinem Wertpapier und die Zinsscheine wunden ihm ganz

trefflich. Was kümmern in diese schwarzen Mantelstücke da in der fernem Grube. Ist er der Kapitalismus? Der schauerlich Unpersönliche, der ein ganzes Dorf ausgemordet hat?

Und der nimmerjatte, unpersönliche Kapitalismus fordert seine Opfer auch unter den Hinterbliebenen. Es werden mehrere Fälle gemeldet, in denen die Hinterbliebenen aus Schmerz und Verzweiflung über den Tod eines oder mehrerer Angehöriger in Wahnsinn verfielen. So verlor die Frau des Bergarbeiters Mericourt durch die Katastrophe alle ihre sieben Söhne. Der Schrecken darüber raubte ihr den Verstand. Suizidartig und tollnähmlos, nicht inwande zu weinen, wurde die Arme in ärztlicher Pflege übergeben. Der Grubenarbeiter Cila, der der Verlust von drei Brüdern, fünf Schwägern, vier Neffen und seines Schwiegersohnes beklagte, zeigte typische Symptome von Verfolgungswahn und wurde in eine Irrenanstalt abgegeben. In Paris wurde eine Frau, deren Gatte und fünf Söhne bei der Katastrophe das Leben ließen, plötzlich wahnsinnig, als ihr möglichst schonend die Trauernacht gebracht wurde.

Es steht der Hunger in die des Götters berubten Hütten ein und vollendet so das grauenvolle Werk des Profit-Kapitalismus, den die herrschenden Klassen, die Reichen und Wohlhabenden „göttliche Weltordnung“ nennen. Freilich, sie haben es göttlich hienieden auf der Welt, ihre Arbeit, das in handwerklichem Verprassen des roten Goldes, das aus Schwweiß und Blut der Arbeiter gerührt wird.

Wie lange noch? . . .

Ueber das Verbrechen von Courrières

wird dem „Vorwärts“ aus Paris geschrieben:

Zu dem Verbrechen, das die Kapitalisten von Courrières begangen haben, als sie aus dem Lager Profitsucht die wichtigsten Sicherheitsregeln verabsäumten und die Arbeiter in dem schon brennenden Schacht weiterarbeiten ließen, hat sich wie ein Pfeil, ein nicht minder graufiges Geschick: Die ständige Unterlassung der noch üblichen Rettungsarbeiten. Man darf es heute, ohne etwa leichtfertiger Vorschnelligkeit überwiegen zu werden, ansprechen, daß, wie sich die 13 von Henry G. führten selbst gezeichnet haben, noch viele andere, vielleicht Hunderte der im Bergwerk Vergrabenen lebendig hätten als Licht gebracht werden können, wenn nicht die Ingenieure, sowohl die zur Kontrolle bestellten Staatsbeamten, als auch die von der Gesellschaft Angestellten in bornierter Weise wußten, wie sie oft unglücklichen Schuldschulden eigen ist, die von den mit dem Gruben seit Jahren vertrauten Arbeitern erhobenen Vorstellungen und Beschwerden mit dreifachem Hochmut zurückzuweisen hätten. Kaum 48 Stunden nach der Katastrophe erklärten die aufgeschreckten Herren wie der staatliche Inspektor Delafond, daß nicht ein Mann mehr am Leben sein könne! Auf Grund solcher Urteile konnte die Gesellschaft selbst sich auf die Arbeiten verwenden lassen, als auf der Rettung von Menschenleben. Es ist Tatsache, daß die Eingeweihten auf Hunderte stehen, die von den laubaren Leitern der „Rettungsarbeiten“ erstickt worden waren. Die ganze Region rund um den Berg, wenn man sich daran denkt, daß diese Leute Plätze erstickt erliegen hätten, wie den, das ganze Bergwerk unter Wasser zu legen oder auch vollständig zu verschließen. Gätten nicht die Arbeiterbelegten mit aller Macht gegen die Verstopfung der Schachttöffnungen protestiert, so wären auch die dreizehn dem Hungertod ausgesetzt, von den unerschütterlichen Handlungen des Kapitalis erzwungen worden. Der Schacht 3 ist tatsächlich verstopft worden! Unter den Arbeitern haben die Fahrerinnen von Anfang bis zuletzt behauptet, Rettung sei noch möglich. Der Vater des tapferen May hat sich in seiner Zurecht sogar bis

zuletzt geweigert, Trauer anzulegen. Besonders der Arbeiterbelegte Vincent und der Arbeiter Simon, genannt Rick, erklärten, daß man auf dem Grunde des Schachtes 3 zu suchen habe, dort, wo sich die Schar Newby willig durchzuschlagen vermochte. Vergeblich aber waren ihre Angebote, selbst nachzuforschen. Rick bot sogar der Gesellschaft schriftlich einen Verzicht auf alle Renten. Aussprüche für den Fall an, daß er nicht mehr lebendig zurückkehren würde. Aber man verbot ihm, einzufahren! Es ist übrigens durch die Aussagen der Arbeiterbelegten festgestellt, daß außer den Getöteten auch noch andere Arbeiter bis in die letzten Tage gelebt haben. Die parlamentarische Untersuchungskommission hat eine Reihe von Arbeitern vernommen, welche wahrhaft grauen-erregende Berichte über ihre Nachforschungen gegeben haben. Simon hatte am Abend der Katastrophe nicht weit vom Förderschacht der Grube Nr. 3 drei Leichen liegen gesehen, darunter die des Ingenieurs Vercault und des Steigers Graf. Vorgeschnitten Abend saab er an derselben Stelle acht Leichen. Auf davon waren noch warm und ohne eine Spur von Verletzung. Seine Angaben zwingen zu dem Schluß, daß der Tod vor höchstens 48 Stunden eingetreten war. Diese Gruppe hatte also 18 Tage in der Grube umhergetappt, um einen Ausweg zu finden und war schließlich in Erschöpfung zusammengebrochen. Hätte man die Nachforschungen in der von Simon geforderten Art fortgesetzt, so wären sie sicher zu retten gewesen! Aber nicht sie allein. Simon hat zwischen dem Schacht 2 und dem Schacht 3 100 Leichen gefunden. Es waren Leute, die sich vor ihrem Rettungsversuch angelleidet hatten, was beweist, daß sie nicht sofort durch Gase getötet worden sind. Wäre man in dem Schacht 3 eingedrungen, hätte man sie gefunden. Aber die Ingenieure haben gerade diesen Schacht noch künstlich verstopft. Als Simon noch einen Tag E. belungspause seine vom Tag der Katastrophe an unternommenen Rettungsversuche fortsetzen wollte, fand er den Schacht durch drei genauerte Sperrvorrichtungen mit Eisenklappen unpassierbar gemacht. Die Ingenieure wollten so die frische Luft auf Mericourt zu treiben. Erst nach dem heftigen Einspruch der Arbeiterbelegten wurde der Schacht von den künstlichen Sperren wieder befreit und die einbringende frische Luft war es auch, die den 13 die Kräfte aufstärkte und sie den Rettungsweg hat finden lassen. Die Ingenieure gingen überhaupt mit einer jämmerlichen Hüßlosigkeit vor, bald auf dieses, bald auf jenes Mittel verfallend. Der Arbeiterbelegte Furbaun hat an einer Stelle des Schachtes Nr. 3 das erste Mal keine Leichen gefunden, vorgefunden dagegen, in zwei Gruppen neun, die, wie im Schlafen, an die Wände gelehnt und ebenfalls noch nicht zerrigt waren. Der vorstichtige Furbaun, dessen Urteile sich bisher immer bestätigt haben, schätzte auf Grund seiner Wahrnehmungen die Zahl derjenigen, die noch zu retten gewesen wären, wenn man die Einsturzstellen gesäubert hätte, auf 150. Nach den Angaben seiner Kameraden kommt man zu einer Gesamtziffer von 800 Menschen, die der Unwissenheit und ständigen Fährlichkeit der Handlungen der Maschinenführer zum Opfer gefallen sind. Eine getadelt unerschütterliche Schuleret hat der Arbeiterbelegte Furbaun aufgebracht. Ingenieure haben Arbeiter als Rettungsmannschaften angeworben und sie hinterher verstoßen wollen, in anderen Gruben Kohlen zu fördern, also Steilhändler zu lassen. Dieser schmutzige Mißbrauch des Soldatentagslohn der Arbeiter ist der Minderwürdigkeit, deren sich das Maschinenwesen im Vertrauen der Katastrophe schuldig gemacht hat, die Rone auf. Dabei hat das kapitalistische Preßbüchel behauptet, der Staat habe die Rettungsarbeiten verhindert! Sogar der Direktor Bouard der Gesellschaft von Courrières hat vor der parlamentarischen Kommission seine Exzesse gegeben, daß er es mal eine solche Behauptung, die eine Unschicklichkeit sei, gemacht habe.

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli
Uebersetzt von Natalie Liebknecht.

58. Fortsetzung.

Drittes Kapitel.

Die Strahlen der untergehenden Sonne, gemildert durch die bemalten Glasheben eines kleinen gotischen Fensters, drangen in das Zimmer der Oberin des Klosters von Mowbray. Das gewölbte Zimmer, von sehr mäßiger Ausdehnung, war mit sehr großer Einfachheit eingerichtet und ging nach einem kleinen Oratorium. Auf dem Tische lagen verschiedene Bücher. Ein Eisenbehälter war in einer Nische befestigt, und zurückgelehnt in einen hohen Stuhl sah Ursula Traufoß. Ihr feiner und bleicher Teint, der in ihrer Jugend wegen seiner Schönheit berühmt war, passte zu ihrem geistlichen Amt, und ihr ganzes Antlitz, die zarten Brauen, der ruhig heitere Blick, die kleine Adlernase und der wohlgeformte Mund, fest und doch wohlwollend, verklärten die himmlische Seele, welche in dieser anspruchsvollen Gestalt wohnte.

Die Oberin war nicht allein; auf einem niedrigen Stuhl an ihrer Seite, ihre Hand haltend und mit einem Blick ehrfürchtiger Zuneigung zu ihr aufsehend, saß ein Mädchen, über das fünf Sommer hinweggegangen waren, seitdem wir es zum ersten Mal in den Kluven der Abtei von Mowbray gesehen, — fünf Sommer, die das einstündliche Versprechen unvergleichlicher Reize erfüllt hatten. Die Gestalt war wohl etwas voller geworden, hatte aber ihrer Grazie nichts eingebüßt, — ihre Schönheit, die nichts von ihrem Zauber verloren hatte, hatte sich zur höchsten Blüte entfaltet.

„So, ich traure um sie.“ sagte Sybil, „ich traure um die tiefen Heiligtümer, die mich, das Mädchen, als

Aber ich habe keine weltlichen Freuden gekostet; alles, was ich kennen gelernt habe, waren — Leiden und Tränen. Sie werden wiederkehren, diese Träume meiner heiligen Jugend, teure Freundin; sagen Sie mir, daß sie wiederkehren!“

„Auch ich hatte Träume in meiner Jugend, und nicht vom Kloster und doch bin ich hier.“

„Und was soll ich daraus folgern?“ fragte Sybil.

„Daß meine Träume von der Welt waren und mich ins Kloster hielten, und die Dämonen vom Kloster sind und Dich in die Welt gebracht haben.“

„Wozu Herz ist traurig.“ sagte Sybil, „und der Traurige sollten den Schatten suchen.“

„Dein Herz ist mehr aufgeregt, als sorgenvoll.“

Sybil schüttelte den Kopf.

„Sa mein Kind.“ sagte Ursula, „die Welt hat Dich gelehrt, daß es Neigungen gibt, die das Kloster weder befreit noch gewähren kann. Ach, Sybil, auch ich habe geliebt.“

Das Blut stieg in Sybils Wangen und kam dann ebenso rasch wieder zurück, ihre zitternde Hand brühte die Ursulas und leuchtend murmelte sie: „Nein, nein, nein!“

„Ja, es ist kein Geist, der über Deinem Leben schwebt, Sybil, und umsonst würdest Du zu vergessen suchen, was Dir das Herz erfüllt. Eiser, nicht weniger begabt als er, ebenso gut, ebenso edel, ebenso lebenswürdig, sprach auch zu mir einst befehlende Worte der Liebe. Er war, gleich mir, das Kind eines alten Hauses, und die Natur hatte ihn mit jeder Eigenschaft ausgestattet, die entzücken und bezaubern kann. Und sein Herz war rein und seine Seele so erhaben, wie sein Geist, und seine Erscheinung kränzelnd von Schönheit.“ — Sie hielt inne. Sybil drückte Ursulas Hand an ihre Lippen und flüsterte:

„wagter Schritte fort, den wilden Schwanz kann ich zurückrufen, und doch fühlen, daß es zu meinem Heil war. Er wurde in seinem jugendhaften Stolz niedergemacht, am Vorabend des Tags, wo er mich zu diesem Altar führen sollte, an welchem allem ich den Loos fand, der niemals gebricht. Dies war das Ende einiger Jahre menschlicher Liebe, meine Sybil.“ sagte Ursula sich vornehmend und sie küßend.

„Die Welt durchkreuzte die ichösen Träume, eine Nacht größer als die Welt, verblendete unsern Sinn, aber er ist heilig: die Erinnerung ist meine Liebe, sie ist sanft und frei; und als er helles und nach Dir fragte, ließ seine Gegenwart und sein erregtes Herz die Vergangenheit wieder vor mir aufsteigen.“

„Der Gedanke ist zu süß“, antwortete Sybil, „er behautet Untergang für ihn, Untergang für alle. Und jetzt trennt uns eine Nacht, eben so unerbittlich wie die, welche Sie, teure Freundin, von dem Geliebten trennte; unser Schicksal ist lebendiger Tod.“

„Was der morgige Tag bringt, wissen wir nicht.“ sagte Ursula, „für mich wäre es in der Tat ein Glück, meine Sybil, wenn Deine Unglück in diesen heiligen Mauern geborgen wäre; und wenn die Schicksale meiner besten Jahre und die Freundin meines schiedlichen Lebens meine Nachfolgerin in diesem Hause würde. Aber ich hege die feste Überzeugung, daß für Dich die Stunde noch nicht gekommen ist, einen Schritt zu tun, der nie widerrufen werden kann.“

Mit diesen Worten küßte sie Sybil und entließ sie. Die Unterhaltung, deren letzten Teil wir hier wiedergaben, hatte stattgefunden, als Sybil eines Sonntags ihrer Gewohnheit nach in das Zimmer der Oberin gekommen war, um sich die Erlaubnis zu einem Besuche bei ihrem Vater zu erbitten.

Es war eine stielich erkümmert und recht behaucht ein

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Durch das rigorose Vorgehen der Direktion, die wiederum Maßregelungen vornimmt, Akkordbühler macht usw., haben sich die Metallarbeiter, die in der Fahrzeugfabrik in Eisenach beschäftigt sind, geäußert, die Arbeit abermals niederzulegen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen in Sachsen. — Der Streik der Lithographen und Steinbrücker bei der Firma Schick u. Schmidt in Saalfeld wurde am Dienstag durch einen für die Gehilfen günstigen Vergleich beendet. — Aussperrung in der Braunschweiger Metallindustrie in Sicht! Die Braunschweiger Metallindustriellen beschloßen, dem Beispiel ihrer Kollegen in Hannover zu folgen und ihre Arbeiter auszusperrten, sobald eine Arbeitsaufstellung der Werkzeitarbeiter erfolge. In der Fabrik von Amme, Giesele u. Koenigen haben die Former nach Ablehnung ihrer Forderungen am 4. April sämtlich die Arbeit niedergelegt. Die Aussperrung kann also losgehen! — Eine Versammlung der Leipziger Handels- und Transportarbeiter, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigte, wurde aufgelöst, als das Vorstandmitglied Sumpel aus Berlin das terroristische Schreiben der Führerunternehmer gegen die Arbeiter kritisierte.

Die Aussperrung in der Dresdener Metallindustrie hat begonnen. Die Metallindustrie der Kreis- hauptmannschaft Dresden haben einstimmig be- schloßen, den Verbandsbeschluß vom 26. März, betreffend die Aussperrung der Mitglieder des Deutschen Metall- arbeiterverbandes, dahin zu erweitern, daß die Sperre nunmehr nicht allein zum Schutz der Firma Biesolt u. Bode, Weissen, sondern auch im Interesse der Eisen- gießereien zu erfolgen hat, in denen die Werkzeitarbeiter auf Veranlassung des Metallarbeiterverbandes dem Streik er- klärt haben. Damit dürften, wie dem „Leipz. Tagebl.“ gemeldet wird, vom 4. April an sämtliche im Metall- arbeiterverband organisierten Arbeiter, Former und Gießer, etwa 25000 Mann, von dem Verbands der Metall- arbeiter aus gesperrt werden. So wird denn ein Kampf entbrennen, wie ihn Sachsen in gleicher Größe nicht gesehen hat; zu wessen Gunsten er enden wird, ist freilich nicht noch nicht zu sagen, aber er beschäftigt aufs neue den Programmpunkt der Partei, „daß der Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten immer schroffer und er- bitterter wird.“ Und hier sind es wieder einmal die Unter- nehmer, welche den Kampf in der freivoltesten Weise heraus- schüren.

Beim Rutschereistreik in Magdeburg besteht die Spannung immer noch, so daß es schließlich zum Ausbruch eines Kleinkampfes kommen kann. Die Eisen- ahnbetriebe hat tatsächlich die bahnamtlichen Kontroll- unternehmer benachrichtigt, daß ein infolge des Rutschere- streiks eintretender Mangel an Fuhrleuten durch Bahnar- beiter, die des Fahrens kundig seien, sofort beseitigt werden würde. Eine Firma soll bereits von diesem Anerbieten Ge- brauch gemacht haben. Außer diesen Bahnarbeitern und den rekrutierenden Soldaten sind so gut wie gar keine Streikbrecher vorhanden. Der Rutschereistreik hat darum eine besondere Bedeutung, weil es das erste mal in Deutsch- land ist, daß eine der Organisation so schwer zugängliche Arbeiterklasse so einmütig und geschlossen im Kampfe aus- tritt. Die Rutschere begnügen sich nicht damit, daß die Fuhr- leuten den gestellten Forderungen nachkommen wollen, son- dern sie verlangen die Unterzeichnung des Erzißs. Bis jetzt sind etwa 1000 Arbeiter anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogen worden. — Die Meldung des Depeschendirektors „ver- zolt“, daß eine Versammlung von 5000 Arbeitern aller Berufsstände (1) beschloßen habe, am Sonnabend in den euerastreik einzutreten wenn bis dahin die Forde- rungen der Streikenden im Vohrsfahrwesen nicht bewilligt sind, ist unwahr!

Das Maigirntlar der Buchhandlung Vorwärts ist eben verendet. Über die diesjährige „Maifestzeitung“ ist es dahin: „Das Titelbild, von dem bekannten Mit- glieder des „Simplizissimus“ Wilhelm Schütz gezeichnet, ist dem russischen Arbeiter freundliches Willkommen in den Reihen des internationalen organisierten Proletariats. Gegen die bisher üblichen Anordnungen bringen wir in

dieser Nummer eine Bilderfolge von sechs Kopfleisten als Illustrationen für eine Gedächtnis-Genwart und Ju- bilar, von Edmund Geel gezeichnet. Eine Karikatur, „Die reaktionäre Masse“ darstellend, bildet den Abschluß der Nummer. In dem typischen Teil haben beigetragen die Herren Baar, Penz, Moland, Hoff, J. Stern, G. Behnbaur und E. Raar. Als Neuerscheinungen werden fer- ner angeführt: eine hübsche, in ununterbrochenem Kupferdruck her- gestellte Rat-Postkarte, ferner die Broschüre „Der Arbeiterkampf“ von Dr. M. Epstein, eine Dar- legung über die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes im In- teresse der Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung. — Von früheren Erscheinungen werden erwähnt: eine Neuauflage der Broschüre „Der Achtstundentag“, in der diese For- derung gleichfalls vom gesundheitlichen Standpunkte aus be- gründet wird. — Für den demagogischen Genossen er- innert der Verlag schließlich an seine „Leuchttugeln“, eine Auswahl früherer und neuerer Vortragsbeiträge; ferner an die „Fäden der Zeit“, eine Gedächtnisammlung von B. Hoff, und die Rat-Postkarten an seine „Sozialist- schen Charakterstudie“. Bestellungen müssen umgehend an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 eingeleitet werden.

Genosse Wilhelm Schröder, der bis vorigen Herbst in der Redaktion des „Vorwärts“ als Lokalkorrespondent tätig war, ist in Gegenwart als Redakteur für die „Volks- stimme“ gewählt worden.

Genosse Dreesebach ist, wie das „Kasseler Volksblatt“ meldet schwer erkrankt. Hoffentlich gelingt es ärztlicher Kunst, unseren Genossen bald wieder herzustellen.

Stattlicher Erfolg. 400 Abonnenten wurden von den Reichs-Parteilagen bei ihrer letzten Agitation für den „Volksfreund“ gewonnen.

Zum 1. Mai. Die Parteileitung und das Gewerkschaftsamt zu Tilsit haben beschloßen, die Arbeit zu ruhen, wo nur möglich, durchzuführen. Die Gewerkschaften werden ersucht, in Branchenversammlungen den Beschluß zu besprechen.

Aus Nord und Fern

Die gefürchtete Epidemie. Dem „Volksblatt für Halle“ wird aus der Nähe von Schleuditz berichtet: Ueberall gibt es Leute, die sich gern das Mäntelchen der Barmherzigkeit umhängen und unter dieser Maske grinst meist die krasseste Ausbeutung hervor. Namentlich leisten auf dem Lande die Älter und Mitter, die tonangebend sind für die Arbeiterverhältnisse, Großartiges in Bezug auf „Arbeiter-Fürsorge“. Ein Schulbeispiel von solcher Fürsorge zeigt folgender Fall: Einem 66-jährigen Gutarbeiter, der, nebenbei bemerkt, patriotisch bis auf die Knochen, sich von der Arbeiter-Fürsorge ganz andere Vorstellungen machte, wurde folgendes Abgangszeugnis in die Hand gedrückt:

Der Pferdeanspanner Friedr. Goldhorn war zirka 24 Jahre (vom 24. Juni 1882 bis heute) auf unter- geordnetem Rittergute als Pferdeanspanner beschäftigt. Da wir jüngere Leute einzustellen gedenken, wird Goldhorn aus dieser Stellung entlassen. Inhaber war Mitglied der Krankenkasse hiesigen Ortsbezirks.

Rittergut Nobelwitz, den 1. April 1906.
Goldhorn ist in der langen Dienstzeit jederzeit seinen Verpflichtungen treu nachgekommen.

Familientragedie. Die norddeutsche Frau des Universitätsprofessors Herr in Halle erkrankte ihre beiden kleinen Kinder und vergiftete sich mit Salzsäure.

Alkohol und Majestätsbeleidigung. Am 27. Jan. h. J. fand im Lokale des Restaurateurs Palast zu Schöne- berg eine Festschicht statt. Als ein Kaiserhoch aus- gegeben wurde, sollen die Kaiserin Katho Wang, geboren 1885, und Wilhelm Hoff, geboren 1886, darob, die stark angetrunken waren, sich durch einen Zwischenruf der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Die Strafkammer in Magdeburg verurteilte Wang zu drei Monaten Gefängnis, Hoff zu 2 Monaten Gefängnis.

Sein Schicksal. Der Eisenbahnermeister A. Ten in Olgau, der sich wegen Unterschlagung von Eisenbahnmaterial in Untersuchung befand, stürzte sich in selbstwiderlicher Absicht über die Treppe in den Hof. Er wurde mit einer Kopfverletzung in das hiesige Kranken- haus gebracht. Hier erfolgte er sich nachmittags mit

einem Tuche, das zum Verbinden der Kopfwunde gebraucht worden war.

Ein Tausendmarkschein für 22 Pfennig. Zum Kassentanten eines Geldinstituts in Bochum kam dieser Tage ein hiesiger Bürgermann, legte einen braunen Schein auf den Tisch und fragte, ob der Tausendmarktschein echt sei. Der Kassentant konnte die Frage nach oberflächlicher Prü- fung unbedenklich bejahen. Der Bürger lächelte ungläubig. „Ist der Schein wirklich echt?“ fragte er noch einmal und ließ den braunen Lappen aus der Brieftasche in die Rechte und aus der Rechten in die Linke gleiten. „So echt, daß ich Ihnen dafür auf Wunsch tausend Mark in blankem Gold- gedenke!“ — „Ja, das ist aber sonderbar.“ — „Wieso son- derbar?“ — „Ja, sehen Sie, mein Sohn hat den Schein für 22 Pfennig gekauft.“ Der Kassentant hielt nach die- sem Verlauf der Unterredung natürlich weitere Feststellungen für zweckmäßig. Nachfragen bestätigten, daß der Sohn des Ueberbringers den Tausendmarkschein von einem Klassen- genossen Karlheinz Knickts tatsächlich für 22 Kopfpfennige erstanden hatte. Anfanglich hatte der Schein ein Kopfen- wärtskosten sollen; die Forderung war aber dann in Ermangelung ausreichender Barmittel wohlwollend auf 22 Pf. ermäßigt worden. Der Herr Kassentant hat, wie weiter ermittelt wurde, den Schein seinem Vater abgemopft. Die Szene, die sich hernach zwischen dem Vater und seinem talentvollen Sproßling abspielte, soll für den letzteren höchst unterquidlich gewesen sein.

Vergiftet. Aus Peine wird gemeldet: Im Nach- barorte Hohenhameln wurden Freitagmorgen eine Frau und ihre 14-jährige Tochter tot im Bett aufgefunden. Anscheinend liegt Kohlengasvergiftung vor, doch ist der Sachverhalt noch nicht aufgeklärt. Das junge Mädchen sollte am Sonntag konfirmiert werden.

Selbstmord. Die Frau des Ritters Wolf aus Wren- bach warf sich auf dem Bahnhof in Weinhelm vor die Maschine eines Zuges und ließ sich überfahren.

Verzweiflungstat. Nach einer Meldung der „Reichs- kor.“ ist in Weisenburg in der Kaserne des In- fanterie Regiments Nr. 61 ein 21-jähriges Mädchen auf den Ausleger zwei Revolver schloß ab, von denen einer den Ausleger am Halse verletzete. Die Wunde ist nicht lebensgefährlich. Das Mädchen wollte den, als den Vater ihres Kindes anzuerkennen zwingen. Dieser lehnte die Vater- schaft indessen ab; daraufhin vollführte das Mädchen die Tat.

Der neue Ausbruch des Vesuv. Die neuesten Nachrichten aus Portici belagen, daß die Explosionen des Vesuv stärker werden. Viele Lavabomben erreichten die untere Station der Drahtseilbahn und zerstörten eine Mauer mit dem Eingangstor. Der 60 Meter breite Lavastrom bringt mit einer Geschwindigkeit von 6-7 Meter in der Minute vor. Er hat Fondo de Pastorello durch- flossen und Fondo del Carzariere erreicht, wo die Bauern ihre Weinstöcke abschneiden, um sie nicht verbrennen zu lassen. Der Strom teilt sich vor den hervorragenden Felsen alter Lava und vor den Bauernhäusern, um sie zu umschließen. Die Menge folgt entsetzt dem Vordringen der Lava, ohne die Vernichtung ihrer Gärten abzuwenden zu können.

Ämtliche Notierungen der Produktenbörse.
Inländisches Getreide. Abbed. 7. April.
Weizen, 120-130 Pfd. holl. Mt. 161-171, Roggen, 120-125 Pfd. Mt. 155-160 Hafer, je nach Qualität Mt. 157-165, Gerste, je nach Qualität Mt. 160-170.

Abbeder Marktpreise vom 7. April.
Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mt., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mt.; Käse Stk. — Mt., Enten Stk. 4,00 Mt., Gänse Stk. — 2,50 Mt., Rillen Stk. — 2,50 Mt., Lauben Stk. 0,60 Mt., Gänse Pfd. — 85 Pf., Hühner — Mt., Schweinest., Pfd. 0,60 Mt., Schinken Pfd. 1,20 Mt., Würst. Pfd. 1,30 Mt., Eier 9 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. 100 Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1-2,40 Mt., Karaschen Pfd. 80 Pfg., Hecht Pfd. 70 Pfg., Bariche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 1,20 Mt., bester Gravensteiner 100 Pfd. — Mt., Nonnen 100 Pfd. — Mt., andere Sorten 100 Pfd. 30-35 Mt., Pfäumen 100 Pfd. — Mt., Blumentohl d. Kopf 30-50 Pfg., Hamb. Kirchen, Pfd. — Pfg., Kohl 100 Pfd. 5.- Mt., Gurken Pfd. — Mt., Zwiebeln 100 Pfd. 4,50 Mt., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6.- Mt., per 10 Liter 50 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,00 Mt., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg., Gerlinge 10 St. 10 Pf.

unden hatte. Er war noch nicht lange aus seiner Fabel- welt und die Stube mit ungleichen Schritten durchschneidend, rief er auf die Anruf seiner Tochter.

Sie kam, es war der ihm so liebe Erit, das wohl- geachtete Klopfen — Vater und Tochter umarmten sich. Er hie an sein Herz das Kind, welches in so manchen Umfängen zu ihm gestanden und ihm so manchen Kummer mitteilt — das Kind, welches in seiner Zelle der trübende- gel gewesen war, und dessen Eingebung dem Gefängnis- Stachel der Gefangenschaft gerahmt hatte. Ihre Zu- mensätze, obgleich regelmäßig, waren jetzt doch ver- schärft. Der heilige Tag (Sonntag), vereinigte und wandmal, für eine kurze Zeit der vorhergehende- Samstag, aber sonst gab's für Gerard keine feierlichen- den mehr, kein Willkommens trautes Heim. Würde die- senst es ihm bringen? Und was war die Zukunft seiner- gter?

Seine Gedanken bewegten sich zwischen dem Kloster, dem sie jetzt nur selten sprach, und das ihm niemals angenehme Ansehen gewesen war, und zwischen jenen- namen von widerhergekehrtem Glanz und Reichtum die- sanguinißes Temperament ihm noch immer vorgaukelte. eachtet der so oft geträumten Hoffnungen und der so oft- schensten Erwartungen. Und manchmal stieg zwischen- es sich widersprechenden Träumen ein dritter, praktischer- anke, der an ihre Verheiratung, in ihm auf. Und mit- ? Es war unmöglich, daß ein so selten begabtes und- u eines Mannes aus dem Volke werden konnte. Hatton- Reichtum, aber Sybil schien seine Wünsche nicht ver- den zu haben; und Gerard fühlte auch, daß ihr wenig- wmen passendes Alter ein großes Hindernis war. Unter allen Männern von gebildetem Stand war nur- c, der nach seiner Fahren, seinen bedeutenden Eigen-

schaften, seinen Sympathien, seinen Mitteln und der Art seiner Beschäftigung nicht ungeeignet zu sein schien, der- Gatte seiner Tochter zu werden; oft hatte Gerard über die- Möglichkeit dieser möglichen Verbindung mit Morly nachge- dacht. Sybil war unter den Augen deselben aufgewachsen, eine Jüngling hatte immer wüßigen ihnen beistanden und er- wußte bestimmt, daß Sybil früher die bedeutenden Talente seines und ihres Freundes geschätzt und bewundert hatte. Er zeugte war es ihm vorgekommen, als sei Morly ihr in- Uebe zugewand. Und doch waren Sybil und Morly aus- Ursachen, die Gerard nie verstand hatte zu erklären — velleicht durch ein Zusammenwirken zufälliger Umstände — in den letzten zwei bis drei Jahren wenig zusammengewesen, und ihre Verträglichkeit war vollständig erloschen. Gerard war- der Meinung, daß Morly ihm immer ein treuer Freund ge- wesen sei. Morly hatte ihm von Anfang an nachsichtlich- von jener Seite abgeraten, die zu seiner Niederlage und- seiner Verurteilung geführt hätte; nach seiner Verhaftung war- Morly sein Bürge, während des Barons sein Gefährte und- sein Berater gewesen. Morly hatte seine Gefangenschaft nach- nach Kräften erleichtert, und noch bei seiner Freilassung hatte- er ihm angeboten, sein Gefangen mit ihm zu teilen; und- als er dieses abgelehnt, unterstützte er ihn wenigstens, indem- er ihm seine Wohnung zum Obdach gab. Und trotz alledem- fehlte jene Eingebung des Herzens und Geistes, jenes warme- Vaterliche für alle häuslichen Vorkommnisse und Gedanken, das die früheren Tage ausgezeichnet hatte. Auf Seiten- Morly's war noch Ergebenheit, aber auch Zurückhaltung.

„Da hast etwas auf dem Herzen, mein Vater“, sagte- Sybil, als Gerard fortfuhr, das Zimmer ruhiglos zu durch- schreiten.
„Ich bin nur etwas aufgeregt. Ich denke darüber- nach, wie ein großer Fehler es doch war, daß wir 1839- geschieden“

Sybil leuchtete.
„Ach, Du hastest Recht, Sybil“, sprach Gerard weiter.
„Die Sache war noch nicht reif. Wir hätten noch drei Jahre- warten sollen.“

„Drei Jahre?“ rief Sybil überrascht aus. „Ist denn- die Sache jetzt reifer?“
„Ganz Uncahire ist im Aufstand“, antwortete Gerard.
„Es ist nicht genug Militär da, um die Leute in Schach zu- halten; wenn die Berg- und Kohlenarbeiter sich erheben —- und ich habe sehr guten Grund, zu glauben, daß sie, ehe- viele Tage vergehen, sich erheben werden — so ist das Spiel- gewonnen.“

„Du erschreckst mich“, rief Sybil.
„Im Gegenteil“, meinte Gerard lächelnd. „Die Nach- richt ist sehr gut; ich will nicht sagen, zu gut, um wahr zu- sein, denn ich erkläre sie von einem der alten Deliquenten, der- hier ist, um zu leben, was sich im Norden tun läßt.“
„Ja?“ sagte Sybil mit fragendem Ton und Blick den- Vater zu weiteren Mitteilungen anregend.

„Er kam in die Fabrik, wir sprachen zusammen. Dieses- Mal hat dort keine Führer, wenigstens keine sichtbaren. Das- Volk will es alles machen. Alle Kinder der Arbeit- sollen sich an einem Tage erheben und keine Arbeit mehr- tun, bis ihnen ihr Recht geworden. Keine Gewalt, kein- Blutvergießen, aber alle Arbeit steht still; dann werden unsere- Unterdrücker die große ökonomische Wahrheit, die groß- moralische Lehre begreifen, daß wenn die Arbeit feiert, der- Reichtum aufhört!“

„Wenn die Arbeit aufhört, leidet das Volk“, sagte Sybil- ernst. „Das ist die einzige Wahrheit, die wir gelernt haben, und- es ist eine bittere Wahrheit.“

(Fortsetzung folgt.)